

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohmentpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mf., bei Selbstabholung 7.50 Mf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mf., für einen Monat 6.— Mf. — Preis der Einzelnummer 40 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: **Vollszeitung Leipzig**  
Telefon 13698. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gesetzte Kolonialzelle oder deren Raum 2.50 Mf.  
bei Platzvorrichtung 3.— Mf. Familienanzeichen, die 7 gesetzte Zelle 2.— Mf.  
Kleidungs-Kolonialzelle 10.— Mf. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Aussträger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## „Vor schwerwiegenden Entscheidungen.“

Berlin, 12. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonntag sprach der Reichskanzler im Provinzialausschuß der Zentrumspartei in Königsberg über die politische und wirtschaftliche Lage. Die Sitzung war nicht öffentlich. Die Pressevertreter waren, mit Ausnahme des Vertreters von Zeitungsblättern, nicht zugelassen. Dr. Wirth wies darauf hin, daß wir in den nächsten Tagen vor den schwerwiegendsten Entscheidungen und vor Ereignissen von besonderer Tragweite stehen. Er forderte die Zentrumspartei auf, ihn in diesem Zeitpunkt nicht im Stich zu lassen.

## Londons Reparations- und Kreditpläne.

Paris, 11. Dezember. Die Chicago Tribune glaubt von einem Angebot Londons Georges an Briand zu wissen, das Loucheur von London mitgebracht habe. Dieses Angebot scheine eine Revision des Finanzabkommen vom 13. August und die Zuerteilung eines größeren Anteils der ersten bezahlten deutschen Milliarde an Frankreich vor. Ferner schlage England vor, die Priorität der französischen Reparationsforderungen zugunsten der zerstörten Gebiete in weiterem Umfang anzuerkennen als bisher. England verpflichte sich schließlich, für die deutschen Kriegsschulden deutsche Schuldverschreibungen in Zahlung zu nehmen, die bereits auf Grund des Londoner Zahlungsplanes ausgegeben seien. Falls dieser Plan revidiert werden sollte, werde England deutsche Schuldverschreibungen in Zahlung nehmen, die auf Grund des neuen Plans ausgegeben werden könnten. England müsse, daß Deutschland in größtem Umfang der Barzahlung überhoben werde und daß die Zahlungen auf Grund des vorgeschlagenen neuen Abkommen in größtem Maßstabe in Waren geleistet würden. England werde vermutlich ein gleiches Angebot bezüglich der deutschen Kriegsschulden an Italien und Belgien machen. Es sei indes kein Vorschlag, gemäßigt über ein gleiches Vorgehen der Vereinigten Staaten. Die Reparationskommission habe das Londoner Abkommen so gut wie suspendiert, bis eine Einigung erzielt sei.

### Briands Konferenz mit Lloyd George am 16. Dezember.

London, 12. Dezember. (T.U.) Reuter meldet aus zuverlässiger Quelle, es sei nicht wahrscheinlich, daß die Konferenz zwischen dem britischen, französischen und italienischen Minister des Außenwesens vor Neujahr stattfindet; dagegen wird die Konferenz zwischen Lloyd George und Briand über allgemeine Finanzfragen, die bereits festgesetzt worden ist, am 16. Dezember stattfinden. Man glaubt, daß die Besprechungen bis kurz vor Weihnachten dauern werden und man erwartet, daß eine Vollziehung des Obersten Rates mit Einschluß der italienischen und belgischen Vertreter zur Frage der deutschen Entschädigungszahlungen einberufen wird.

### Amerika und die Kriegsschulden.

Washington, 12. Dezember. (T.U.) Nach dem Berl. Lokalanzeiger hat der amerikanische Senat ein Gesetz ratifiziert, das besagt, daß ein Teil der ausländischen Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten aufgehoben werden kann, gleichviel, ob es sich um das Kapital oder um die Zinsen handelt. Im Entwurf des Senats ist der Zinstausfall allgemein auf fünf Prozent festgesetzt worden. Die Schulden müssen spätestens bis zum Jahre 1947 zurückgezahlt werden.

### Das vierjährige Abkommen.

Washington, 11. Dezember. Das vom Senator Lodge in der gestrigen Sitzung der Konferenz verlesene Abkommen der vier Mächte lautet wie folgt:

Die Vereinigten Staaten, das Britische Reich, die Französische Republik und das Japanische Reich haben beschlossen, zur Erhaltung des Weltfriedens und zum Schutze ihrer Rechte hält ihre insularen Besitzungen und ihre insularen Dominions im Stillen Ozean ein Abkommen zu schließen. Zu diesem Zweck haben sie Vertreter ernannt, die sich über folgende Bestimmungen geeinigt haben:

1. Die hohen vertraglichen Teile verpflichten sich gegenüber, ihre Rechte bezüglich ihrer insularen Besitzungen und Dominions im Stillen Ozean zu achten. Wenn zwischen einigen der hohen vertraglichen Teile eine Meinungsverschiedenheit entsteht, die sich aus irgend einer den Stillen Ozean betreffenden Frage ergibt und ihre oben erwähnten Rechte berührt, und wenn diese Meinungsverschiedenheit nicht auf diplomatischem Wege in befriedigender Weise geregelt wird und die gegenwärtig zwischen ihnen bestehende exzellente Harmonie zu gefährden droht, werden diese Mächte die anderen vertraglichen Teile zu einer Konferenz einzuladen, der die Gesamtheit der Frage zur Prüfung und Regelung vorzulegen ist.

2. Sollten die oben erwähnten Rechte durch die aggressive Haltung einer andern Macht bedroht werden, so werden die hohen vertraglichen Teile sich untereinander in vollständiger und freimütiger Weise verstündigen, um zu einem Einvernehmen über die wirksamsten Maßnahmen zu gelangen, die sie gemeinsam oder einzeln ergriffen werden, um allen Erfordernissen der Lage gerecht zu werden.

3. Das vorliegende Abkommen bleibt von dem Tage an, an dem es in Kraft tritt, zehn Jahre lang in Gültigkeit. Bei Ablauf dieses Zeitraums läuft es weiter mit dem Vorbehalt, daß jeder der hohen vertraglichen Teile das Recht hat, es mit zwölfmonatiger Rücksicht zu beenden.

4. Das gegenwärtige Abkommen wird sobald wie möglich entsprechend den konstitutionellen Gebräuchen der hohen vertraglichen Teile ratifiziert werden. Es tritt in Kraft, sobald die Ratifikationsurkunden in Washington niedergelegt sind. Sobald das geschehen ist, ist die zwischen Großbritannien und Japan am 13. Juli 1911 in London abgeschlossene Konvention aufgehoben.

5. Es folgt hinzu, die Anwendung von Gewalt sei im Vertrag nicht vorgesehen. Sanktionen seien nicht gestattet. Das Abkommen sei ein Versuch, den Frieden im Fernen Osten sicherzustellen, indem man sich auf die Ehrlichkeit der Völker verläßt. Er habe das Vertrauen zu den befreiten Nationen, daß sie sich alle Mühe geben würden, den Krieg zu vermeiden.

### Stellungnahme der befreiten Mächte.

Berlin, 12. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Vereinigten Staaten machen ihre Unterstift unter das vierjährige Abkommen von dem Abschluß der Kontrakte mit Japan über das Verhältnis auf der Insel Yap und den Mandatsinseln nördlich des Äquators abhängig. Die Verhandlungen darüber stehen bereits vor dem Abschluß. Eine Einigung über die Mandatsinseln südlich des Äquators ist ebenfalls zu erwarten. Senator Lodge hält dazu, es seien keine Vereinbarungen für den Fall, daß eine militärische Aktion notwendig werden könnte, getroffen worden. Man wolle versuchen, den Frieden im Fernen Osten zu sichern, indem man sich auf Treu und Glauben und die ehrliche Gewinnung der vertraglichen Parteien verläßt. Er sei überzeugt, daß dieses Vertrauen berechtigt sei. Staatssekretär Hughes teilt mit, die nächste Washingtoner Konferenz werde im nächsten Frühjahr zusammentreten.

Washington, 10. Dezember. Bixiani empfing am Abend die Antwort Briands mit der Zustimmung Frankreichs zu dem vierjährigen Abkommen über den Stillen Ozean.

### Um Chinas Neutralität.

Washington, 10. Dezember. (D.A.) Die Kommission für die Angelegenheiten des Fernen Ostens nahm eine Entschließung an, die im Falle eines Krieges in Äsien, an dem China teilnimmt, durch die kriegsführenden Mächte Chinas Neutralität in jedem Falle geachtet werden muß. Wellington Koo erklärte in der Kommission, China könne den Übergang des ehemaligen deutschen Reichsgebietes von Kiautschou an Japan keineswegs anerkennen, da ja China den Vertrag nicht unterzeichnet habe. Wellington Koo berief sich auf den russisch-japanischen Krieg als Beweis dafür, daß die Aufrechterhaltung fremder Besitzungen in China eine schwere Gefährdung des Friedens bedeute. Ueberhaupt sind noch zwei weitere Mittel der hiesigen Delegation, der General Huang Fu und Admiral Tsihi, von ihren Posten abgesetzt, um ihrer Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Konferenz bezüglich Chinas Ausdruck zu geben.

### Der Vorsitzende der SPD zur Steuerfrage.

Berlin, 12. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonntag sprach der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Wels, vor den sozialdemokratischen Funktionären Berlins über die politische Lage. Er stellte u. a. fest, daß der Plan einer Einheitssteuer der Eisenbahnen zum erstenmal von Stresemann vorgebracht wurde, und zwar bei den langen Verhandlungen vor der Bildung des zweiten Kabinetts Wirth. Als die Sozialdemokraten davon erfuhren, drohten sie mit dem Abbruch der Verhandlungen. Damit fiel der Vorschlag. Wels ging auch auf die Erhebung der Steuern ein. Er forderte die sofortige Einführung der Einkommensteuer und verlangte, daß die Arbeit der Finanzämter sich ausschließlich auf diesen Punkt konzentrieren sollte. Er erzählte einen für die Steuerbürokratie charakteristischen Fall. Danach sei vor einigen Tagen ein Steuerbeamter bei einem bekannten Großindustriellen erschienen und habe ihn nach der Höhe der Gratifikation für das Dienstmädchen beim vorigen Weihnachtsfest gefragt. Der Großindustrielle habe den Beamten ausgeschaut und habe mitgeteilt, daß er der Steuerklasse noch etwa 600 000 Mf. Einkommensteuer schulde, für die er dringend auf Veranlagung warte. Man solle dafür sein Dienstmädchen in Ruhe lassen.

### Horthy droht mit der Militärdiktatur.

Wien, 10. Dezember. (Intel.) Das Wiener ungarische Blatt *Bezirks Magyar Ujság* veröffentlicht eine Meldung aus Budapest, nach der Horthy dem zur Partei der Kleinen Landwirte gehörenden früheren Agrarminister Szabo zur allgemeinen Überraschung mitgeteilt habe, daß die Nationalversammlung sofort auseinandergezogen werden würde, falls sie in der Frage der verhafteten Karlistenführer gegen die Regierung entscheide. Mit den erforderlichen militärischen Maßnahmen für den Fall, daß eine Mehrheit der Nationalversammlung die Freilassung der verhafteten karlistischen Abgeordneten fordern sollte, sei der Staatssekretär Gömbös betraut. In der Zeit zwischen der Auflösung der Nationalversammlung und den Neuwahlen im Frühjahr soll wie Horthy erklärte, Gömbös die Militärdiktatur ausüben. Wie das genannte Blatt weiter meldet, ist heute mittag das Parlamentgebäude von Militär umzingelt worden.

## „Schüler“ der Republik.

Nach Ludendorffs Noske, nach dem Vertreter des alten Deutschlands der — — Vertreter des neuen Deutschlands? O nein! Das System Noske unterscheidet sich in Brutalität und Ungefeigheit kaum vom System Ludendorff. Noske ist nicht der Mann des neuen Deutschlands, sondern der Repräsentant einer Periode der Verwirrung, der Repräsentant der geistigen Unreife eines leider beträchtlichen Teils der deutschen Arbeiterschaft und noch mehr ihrer Führerschaft in einem weltgeschichtlichen Moment, als es galt, die große historische Mission des Proletariats zu erfüllen. Sein Wirken in der Revolution zeigt alle Schattenseiten des alten Systems des preußischen Kommiss, er mutet wie eine verspätete Nachahmung Ludendorffs in veränderten, verkleinerten Verhältnissen an.

„Der starke Gustav“ nennt ihn ein Brief, der für den glatten Herrn Hergt etwas kompromittierend, vielleicht sogar gefährlich wäre, wenn wir eben nicht in der — deutschen Republik der Gegenrevolution leben. Der Ausdruck ist treffend, er charakterisiert recht gut das betonte Kraftmeiertum und die unterstrichene Schnoddrigkeit, die Noske zur Schau trägt. Stierhaft, starrsinnig und beschränkt — das ist der Eindruck, den man auch hier im Gerichtssaal wieder von ihm empfängt. Politischer Weitblick, psychologischer Spürsinn ist ihm niemals zu eigen gewesen. Die Erkenntnis des schweren Fehlers, den er in seiner Ministerzeit beging, ist ihm noch immer nicht aufgegangen; doch es noch einen andern Weg gab als jenen, den er gegangen, das begreift er nicht, weil er eben seiner ganzen Artung nach den andern nicht hätte gehen können. Man begreift, daß den Generälen dieser Minister sehr bequem gewesen sein muß, denn dieser Polterer muß für sie auf Umwegen gar nicht so schwer zu leiten gewesen sein. Er hat die Form für das Wesen genommen — wenn er den General von Lüttwitz in der Audienz beim Reichspräsidenten dienstlich angeknarrt und ihm mit kraftmärtischer Geste gesagt hatte, daß der General „einfach zu gehorchen habe“, dann glaubte er wunder was geleistet zu haben. Eine mähnende Überhöhung seines Einflusses, seiner Gewalt über die Menschen ging Hand in Hand mit einer städtischen Vertraulichkeit, was die Kaiserlichen Offiziere befürchteten. Und so verüstete er, rechtzeitig die nötigen durchgreifenden militärischen Vorbeugungsmaßregeln zu treffen, selbst dann noch, als es nicht mehr bei gelegentlicher Unmöglichkeit des Generals v. Lüttwitz blieb, sondern als er aus den Meldungen schon das Werden des Putzls hätte erkennen müssen. Wahrscheinlich hätte er einen Kommunistenführer, der sich ähnlich verdächtig gemacht hätte, wie der General in den letzten Tagen, verhaftet lassen. Aber Lüttwitz konnte, als er seines Kommandos entbunden wurde, sich ruhig entfernen und seinen Plan ausführen.

An dieser Blindheit für die Gefahr von rechts trägt natürlich das einseitige Starren auf den bolschewistischen Popanz eine große Schuld. Da sich Noske — und jene seiner Genossen, die mit ihm waren — eine andre Methode zum Beschützen dieser Gefahr durch brutale Gewalt nicht vorstellen konnten, so verstand es sich von selbst, daß sie das Instrument für diese Methode, die Söldnertruppe, als ein kostbares Ding sehr vorsichtig behandeln und es bei guter Laune erhalten mühten.

In diesem Charakterbild darf ebenso wie bei Ludendorff der Zug der Eitelkeit nicht fehlen. Noske verfehlt nicht darauf hinzuweisen, daß er in Dresden nicht wie andere Minister zum General-Märtzer gegangen sei, sondern sich den Herrn „kommen ließ“. Er ist immer „der starke Gustav“. Wenn ihn die Generäle nur nicht im Stich gelassen hätten, so hätte er der Brigade Ehrhardt im Walde an der Heerstraße eine blutige Schlacht gesiegt. Er hätte schiessen lassen, „was das Zeug hält“, und er hätte den ganzen Spuk in kürzester Frist zum Zerrättern gebracht, davon ist er noch heute „allen militärischen Autoritäten zum Trotz“ überzeugt. Weshalb er dann sich dem Botum der Generäle gefügt hat, wo er befehlen konnte, sagt er allerdings nicht. Da hat das so betonte Kraftmeiertum im entscheidenden Moment verlängt, und so kommt es, daß Gustav Noske sich heute nicht in der Glorie des Reiters der Republik sonnen kann, sondern den Ministerposten mit dem Oberpräsidentenposten vertauschen mußte.

Was er geäfftet und der Republik hinterlassen hat, das ersicht man aus den Aussagen des Generals v. Seestl und des Admirals v. Trotha. Seestl ist der „verfassungstreue Offizier“. Arme Weimarer Verfassung, die auf solche Schüler angewiesen ist. Viel mehr als die Sorge um die Vertheidigung dieser Verfassung gegen die Kapprebellen lag dem General die bange Erwagung am Herzen, daß ein Kampf unter den Truppen den Zusammenhalt des Heeres schädigen, das Kampfwerkzeug gegen den Bolschewismus zerschlagen könne. Die im Grunde sehr einfache Frage, ob die Verfassung und die Regierung, der er Treue gesworen, gestürzt werden sollten durch Aufrührer, erscheint ihm als ein Bündel den Soldaten wenig interessanter diffiziler politischer Fragen. Man darf die Vermutung hegen, daß diesen verfassungstreuen Offizieren in einem gegebenen Moment auch

Die Frage Republik oder Monarchie als eine sie nicht sehr interessierende diffizile politische Frage erscheinen wird. Dass sie sich ernstlich für die Weimarer Verfassung schlagen würden — gegen rechts, versteht sich! — vermag man sich nicht recht vorzustellen. Wichtiger als die Verfassung wird ihnen allemal sein, dass die Armee erhalten bleibt. Und im übrigen werden sie abwarten, wie die Freunde und Kameraden getan haben, wo die stärksten Bastionen sind. Oder auch wie der Admiral v. Trotha, der in der Sorge um die Erhaltung der Marine und der Ruhe und Ordnung und weil er nicht wusste, wie er sich verhalten sollte, denn Noske hatte ihm ja keine Weisung gegeben, die Marine der „neuen Regierung“ zur Verfügung stellte, aber sich eine kleine Hinterlist scherte, indem er die politischen Erkläre der Kappisten an die Marine nicht weitergab, so dass der Verteidiger Jagows, der auch des Admirals Verteidiger in einem Untersuchungsverfahren wegen Hochverrats war, ihn als Bekämpfer des Kapp-Putschs zu präsentieren unternahm. Jedemfalls hat die Doppelrolle, die dieser Trotha gespielt hat, genügt, um das Reichsgericht zu der Verurteilung zu bringen, dass er als Mithelfer unter die Amnestie fallen. Aber der Senat fand jetzt doch den Verdacht der Mittäterschaft nicht ganz bestätigt und lehnt die von der Verteidigung erhoffte Befreiung ab.

Die drei führenden Politiker der Rechtsparteien, die am Sonnabend austraten, betonten ihre strikte Verurteilung des Putsches. — Herr Stresemann sprach von verbrecherlichem Wahnsinn und Herr Hergt sah weitläufig auseinander, dass der Putsch die Störung einer Entwicklung war, die nach seiner festen Überzeugung augenblicklich der Rechten verlor. Indes bleibt die Tatsache bestehen, dass Deutschnationale und Volkspartei, als der Putsch da war, sogleich bereit waren, sich mit ihm abzufinden und ihn zu ruhen. Dass Hergt und Heinze durch Lüttwitz selbst von seinen Plänen erfahren haben. Sie wollen sie freilich nicht ernst genommen haben. Herr Heinze waren Neuerungen des Generals, er werde sich die Mittel für den Putsch auf der Reichsbank holen, und wenn der Reichspräsident ihn absehen sollte, so werde er den Präsidenten abschaffen. Beweise, dass Lüttwitz keine ernsthaften Pläne habe, und Herr Hergt war der törichtlichen Zuversicht, dass er dem General seine Putschabsichten gründlich ausspädet habe, so dass er nachher vom Putsch „peinlich überrascht“ war. Das Gegenteil lässt sich natürlich nicht nachweisen. Aus Hergts und Stresemanns Befunden ergibt sich, dass die bestreitenen Verhandlungen zwischen Schiffer und den Kappisten in der Tat stattgefunden haben, wenn Schiffer auch, um das Gesicht zu wahren, die Verhandlungen nicht als Verhandlungen, sondern nur als Aussprachen bezeichnet wissen wollte. Noch peinlicher waren die Sozialdemokraten Hirsch, Südekum und Göthe — sie nahmen nur im Nebenzimmer teil. Es ergibt sich auch zweifelsfrei, dass Schiffer den Kappisten eine Amnestie versprochen hat und dass die Vertreter der vier bürgerlichen Fraktionen sich für ihre Parteien ebenfalls auf diese Amnestie verpflichtet haben. — Nur Herr Goehlein hatte Bedenken, ob er alle Mitglieder seiner Fraktion dafür gewinnen könne, und dass die erwähnten Sozialdemokraten ihre Fraktion bewegen wollten, diese Amnestie durch Passivität aufzugeben, sie „passieren zu lassen“. Es gibt ein Dokument darüber, das Herr Hergt als Schenkswidrigkeit aufbewahrt.

Von Herrn Hergt erfuhr man bei dieser Gelegenheit, dass Herr Schiele nicht nur der Theoretiker und nationalökonomische Sachverständige der Deutschnationalen war, — was zu vermerken ist, denn dieser Theoretiker hat einmal ein Pluralwahlrecht empfohlen, das bis zu 26facher Stimmenhäufung ging, und befürwortete noch in der Verhandlung seine grimige Feindschaft gegen das gleiche Wahlrecht —, sondern auch ein glühender Patriot, edler Mensch und Romantiker ist. Der Major v. Gilse, seinerzeit der Chef des persönlichen Stabes Noskes, gab eine ähnliche Erklärung für Lüttwitz — nur politisch unklar sei er gewesen. Noske hatte mit nicht übler Wendung von den sehr netten und tüchtigen Offizieren gesprochen, die in der Politik auf dem Standpunkt des 17jährigen Kadetten stehen geblieben seien. Es geschah bei der Antwort auf die Frage des Oberrechtsanwalts nach den Zielen des Putsches. Hier traf Noske ins Ziel, als er meinte, dass den Putschisten der Appell beim Essen gekommen sein würde. Hätten sie Erfolg gehabt, so hätte sicherlich die Weimarer Verfassung nicht lange mehr gelebt.

v. Jagow musste in dieser Verhandlung erfahren, dass Fragen bisweilen sehr unangenehme Antworten herauslocken. Anstatt dass ihm der Unterstaatssekretär Freud bestätigte, dass die von Jagow verfügte Entziehung der demokratischen Verwaltungsbefehlen durch die altpreußische Tradition gerechtfertigt sei, ergab sich, dass auch schon in königlicher Zeit Beförderungen außer der Reihe nach andern als rein bürokratischen Gesichtspunkten erfolgten.

Ein kleines juristisches Narrenspiel wurde von einem der Verteidiger Wangenheims in Szene gesetzt, er widersprach der Befreiung Noskes, weil dieser angeblich vor dem Putsch von der Verschwörung gewusst und sie nicht verhindert habe, also sich nach dem Gesetz der Wehrkraft zum Hochverrat schuldig gemacht habe. Das war dem Senat dann doch zu grob und in einer Minute war er mit dem abweisenden Beschluss fertig. Das mag aber einen Vorgeschmack davon geben, mit welchen halsbrecherischen juristischen Konstruktionen die Verteidigung in ihren Plädoyers die Anklage noch bekämpfen wird. In der Frage derselben Verteidigers, ob Noske sich bewusst sei, dass er durch Billigung des Generalsstreiksaufrufs wider eine Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Stilllegung lebenswichtiger Betriebe verstößen habe — diese Frage wurde für unzulässig erklärt, ebenso wie die des Angeklagten Schiele, ob das Wettbergen der Nationalversammlung nicht gegen die Verfassung verstieß — und in der Frage seines Kollegen, ob Noske, der öfter von Rebellen gesprochen habe, darunter Leute verstehe, die sich gegen die gesetzliche Obrigkeit auflehnen, lassen sich vertheidigungsvolle Kelme bereits erkennen.

Hebrigens ist der am Freitag vernommene bedeutliche Zeuge v. Dewitz nachträglich doch vereidigt worden. Was auf die Aufklärung und das Verfahren des Reichsgerichts ein schiefwinkliges Licht wirft.

## Der Ueber-Kapp.

Die Montagsitzung des Jagow-Prozesses begann mit der Vernehmung eines Mannes, der gern Hochverräte geworden wäre, aber leider verhindert gewesen ist. Es ist der Oberfinanzrat a. D. Dr. Bang, der der Finanzminister der Kappregierung werden sollte und dazu auch ansänglich bereit war. Aber er hatte sich die Sache

etwas anders vorgestellt und war entschlossen, als Kapp mit dem General zu spielen begann, Sozialdemokraten oder Juden in die Regierung zu nehmen, während Dr. Schiele und Oberst Bauer in dieser Beziehung „realpolitisch“ und vorurteilslos dachten. Dr. Bang war empört, dass der Hochverrat nicht gut genug vorbereitet war und dass er nicht weit genug gehen sollte. Er wollte gründlicheren Umsturz, vielleicht gleich Monarchie, mindestens aber Rückwärtsrevivalierung der Reichsverfassung, erhebliche Beschneidung der Volksrechte. Sehr lustig ist die Erzählung von der zwangsweisen Vorführung dieses „Hochverratsanwälters“, als er sich sperrte, sein Schicksal weiter mit dem der Kappbande zu verknüpfen, da er die Unschlüssigkeit des versuchten Unternehmens erkannt hatte. Diese Kappische Methode, Minister zu machen, verdient zweifelslos das Prädikat originell. Im übrigen sucht dieser Zeuge aus einer Neuerung Kapp, dass ihm die Sache über den Hals gekommen sei, dass Lüttwitz mit seinem blödsinnigen Ultimatum die Schuld trage, zu bedauern, dass sein länger vorbereiterter Plan bestanden habe. Andere Momente seiner eignen Aussage sprechen indes dagegen. — Zweifelslos ist freilich, dass die Vorbereitung schlecht und niedlich war.

Der Zeuge wird trotz lebhafter Befürwortung der Verteidigung nicht vereidigt — er ist nämlich seinerzeit wegen Hochverrats in Untersuchung gewesen, aber das Reichsgericht hat erachtet, dass die Amnestie auf ihn Anwendung zu finden habe, so dass das Verfahren eingestellt wurde.

## Der Kapp-Putsch vor dem Reichsgericht.

Zwickau, 10. Dezember 1921.

Der nächste Zeuge, Staatsminister a. D. Hergt, wird bereits vor seiner Vernehmung vereidigt. Nach seinem Aussagen habe er am 1. März vom Major v. Obenitz gehörte, dass bei der Sicherheitswehr große Unruhe sei. Man vermutete dort, dass in der Reichswehr irgend etwas vorginge. General Lüttwitz scheine etwas zu planen. Ich war nicht nur erstaunt, sondern direkt wütend darüber; denn derartige Unternehmungen, wie sie General Lüttwitz vorhatte, beeinträchtigten die partizipatorischen Pläne, die die Deutschnationale Volkspartei damals verfolgte: Wir wollten 1. Anträge wegen Neuwahlen in der Nationalversammlung einbringen und 2. nach Fühlungnahme mit Hindenburg seinen Namen auf die Kandidatenliste für die Reichspräsidentenwahl legen. Ich ging dann mit Staatsminister Heinze zu Lüttwitz. Dieser klage über die Regierung: die Übristung ginge zu schnell, die bolschewistische Gefahr (!) liche doch eine so rasche Verminderung. In den Regimentsen nicht zu. Er war sehr missgestimmt. „Es muss etwas geschehen“, um endlich die Verfassung durchzuführen. Verteidigungsmaßnahmen gegen die rote Welle müssten getroffen werden. Man müsse endlich die Forderung direkt an die Regierung richten; diese müsse zustimmen. Als wir Lüttwitz darauf hinwiesen, dass sein Ultimatum auch abgewiesen werden könnte, erwiderete er uns,

„ein Quells habe es dann nicht mehr.“

Auf unsern Hinweis, dass die Rechtsparteien nicht hinter ihm stehen würden, glaubten wir ihn doch einigermaßen zu unserer Ansicht bekehrt zu haben. Lüttwitz habe das ganz Unternehmen immer einsichtig militärisch aufgesucht. Über die Konsequenzen seiner Handlung hat er sich nie Gedanken gemacht.

Am 9. März wurden unsere Anträge in Weimar abgelehnt. In der Nacht kam Lüttwitz zu ihm und versicherte ihm, dass er die die Rechtsparteien nicht für erledigt halte. Am nächsten Tage war er sehr erstaunt, als ihm Lüttwitz sagte, er fahre jetzt zum Reichspräsidenten und werde ihm das Ultimatum überreichen.

Vom 18. März weiß Hergt nicht viel zu melden. Er sagt nur: er hätte von Häßelbeck gehört, und dann „jetzt losgegangen“. Am 14. hat er Kapp ersucht, zurückzutreten. Seine Antwort sei gewesen: „Tawohl, aber in Ehren“. Am 16. seien Versuche, mit der alten Regierung zu verhandeln, gemacht worden. Schiffer habe aber von vornherein abgelehnt. Nachdem Lüttwitz erfuhr, dass die Reichswehr nicht mehr zu ihm halte, habe er immer gestagt,

„was aus der Amnestie wille“.

Der heftig gespülte Zeuge, der den Senat mit seinem Wortschwall förmlich übergesessen hatte, wird hier unterbrochen und Staatsminister Heinze, der ebenfalls am 8. März an der Befreiung mit Lüttwitz teilgenommen hat, erläutert die Aussagen Hergts, indem er ausführt, Lüttwitz habe damals geäußert. Wenn die Forderungen nicht erfüllt würden, werde er

auf die Reichsbank gehen

und das Geld, was er brauche, holen. Er wolle

Ebert absetzen;

wenn er, Lüttwitz, entlassen würde, schliessen seine Offiziere alles kurz und klein. Er habe das aber alles für die Aussicht eines nationalsozialistischen, konservativen Kopses gehalten. Häßelbeck sei in Dresden sehr zurückhaltend gewesen. Er habe am 18. noch nicht recht gewusst, auf welche Seite er sich schlagen solle.

Nach der Vernehmung des Obersten v. Gilse, die jedoch nichts Neues aufgezeigt, wird der

ehemalige Reichswehrminister Noske aufgerufen. Ein großer, breiter Mann mit einem brutalen Gesicht betrifft mit schweren Schritten den Sitzungssaal. Ein Verteidiger erhebt Einspruch gegen die Vereidigung. Rechtsanwalt Böttcher führt aus. Noske steht in dem Verdacht, von einem hochverräterischen Unternehmen gewusst und dieses nicht rechtzeitig anmelde zu haben. Auf Gerichtsbeschluss wird jedoch die Vereidigung vorgenommen. Noske schwört als einziger den westlichen Eid. Er berichtet über die Säkungen, die schon seit Ende 1919 in der Truppe bestanden haben. Die Säkungen der Soldaten seien nicht immer militärischer Art gewesen. Die Truppen unter Lüttwitz hätten sich ganz und gar die Forderungen der Deutschnationalen Volkspartei zu eigen gemacht. Schon vor dem 10. März habe er angeordnet, die Matrosenbrigade dem Befehl Lüttwitz zu entziehen. Er habe diese Verfügung erlassen auf eine Warnung, die ihm von Offizieren zugemessen war: er habe Böbst und Kapp blinden in Beziehungen unternehmen. Am 10. März sei er zu einer Besprechung gekommen, die Lüttwitz mit Ebert gehabt habe und in der der General seine bekannten Forderungen ausgesprochen. Am 11. erklärte er die ersten Haftbefehle. Leider hätten manche Stellen der Berliner Polizei verfehlte. Am 13. spät abends, wurden von ihm die Sicherungsmaßnahmen getroffen, wie sie bei großen Demonstrationen üblich sind. Als er sich nachts dann von der Stärke der Truppen, die das Regierungssitz besetzten, überzeugte, sei er sehr erstaunt gewesen, dass General Doebe so schwach gestaltet habe. (!!) Er habe dann den anwesenden Generälen den Befehl gegeben, wenigstens ein Bataillon zu nutzen und von der Heerstraße aus auf die anrückende Brigade zu schließen, was das Zeug holt. Auch General Thiebaud und Gilse stimmen alle dagegen. Mit den Rebellen werde nicht verhandelt, da werde lediglich mit Angeln geantwortet. In Verhandlungen wolle er sich keineswegs einlassen: das einzige sei jetzt, Berlin zu verlassen zu dem Zweck, den Widerstand zu organisieren. Nie habe sich die Regierung selbst als abschreckend betrachtet

Hierauf wird der Abgeordnete Dr. Stresemann vernommen. Er bestätigt im großen ganzen die Aussage Hergts. Auf die Frage, die Lüttwitz am 16. an ihn gerichtet habe, ob seine Partei eventuell bereit sei, an der Bildung einer neuen Regierung teilzunehmen, habe er geantwortet, dass das vollkommen ausgeschlossen sei. Er hat gleichfalls von Lüttwitz die Meinung, dass er in politisch vollkommenen naiven Menschen sei. Er habe von ihm die Zusammenarbeit des Seniorenlagers des Reichstages zu einer Regierungsbildung gefordert. (!!)

Vizeadmiral v. Trotha sagt aus über die Kommandeversammlung im Januar. Sie sei inoffiziell gewesen, aber es seien dort noch feinerlei verfassungswidrige Aktionen beobachtet worden. Am 1. März ist er bei einer Parade in Döberitz angewesen, wo Lüttwitz eine Ansprache gehalten habe, in der er ausdrückte, er werde die Auflösung der Marinesträger auf keinen Fall auslassen. Als er am 12. März von Rostock nach Döberitz geschickt wurde, hatte er von dort nicht den Eindruck, dass irgend etwas im Gange sei. (1) Dann wurde er am 13. ohne jede Anweisung von der Regierung in Berlin zurückgelassen. Von General Lüttwitz dann gefragt, ob er sich mit seinen Truppen ihm zur Verfügung stellen wolle, habe er zustimmen und geantwortet. Er hat ein Telegramm an die Regierung abgeschickt, in dem es heißt: „Ich habe mich mit der Marine der neuen Regierung zur Vereinigung gesellt und erwarte von meinen Untergebenen den alten Gehorsam.“ Am 16. habe er Kapp dann bewegen wollen, zurückzutreten. Jagow und Wangenheim hätten aber widersprochen; jetzt müsse durchgeholt werden. Am Beschluss habe Hergt nur solche weitergegeben, die militärischer Art waren, die politischen habe er zu seinen Akten gelegt. Dochselb ist er, wie sich auf Jagows Anfrage herausgestellt, zuerst wegen Hochverrats verurteilt worden, später wurde aber das Verfahren eingestellt.

Über die Amnestiefrage spricht Staatsminister a. D. Hergt noch einige Worte. Am Rücktrittstage Kappes haben alle Parteien, von der Rechten bis zu den Demokraten, sich dafür eingesetzt, ihre Stimme in der Nationalversammlung abzugeben. Ebdem habe versichert, die Sozialdemokraten würden das Gehe „passieren“ lassen. Schiele, seinen Jugendfreund, schätzte er als einen von egoistischen Momenten freien Patrioten, als einen Idealisten, ja als „Romantiker“. Er habe in der Reichsanzlei eine nur untergeordnete Rolle, gewissmässig als Gehilfe Kappes, gespielt. (!)

Alle heute vernommenen Zeugen, außer Trotha, werden vereidigt. Die Sitzung, die erst gegen 6 Uhr abends geschlossen wird, ist auf Montag, 9 Uhr, vertagt.

In dem Sonnabendbericht ist ein Fehler unterlaufen. Die beiden Nichtvereidigten sind v. Trotha und v. Stubendorff.

## Nur eine Bitte um Information.

Aus Berlin wird berichtet: Der Bayerische Gesandte Dr. v. Preyer in Berlin hat gestern den Reichsminister der Justiz aufgesucht, um ihn im Auftrag seiner Regierung über deren Stellungnahme an der vom Reichsminister der Justiz in Anspruch genommenen Reichsausübung in Fragen des Strafvollzugs zu unterrichten. Nach seinen Mitteilungen erwiderte die Bayerische Regierung in der seinerzeit dem Bayerischen Gesandten zur Weitergabe an seine Regierung übergebenen Aufzeichnung des Reichsministers der Justiz eine in Artikel 15 Abs. 3 der Reichsverfassung vorgelesene Kluft von Mängeln bei Ausführung von Reichsgerichten. Sie bestreitet der Reichsregierung dieses Recht der Mängelgefechte aus verfassungsrechtlichen Gründen unter Hinweis darauf, dass zwar reichsrechtlich in § 17 Abs. 4 des Strafgelebuchs eine programmatic Umschreibung der Strafart der Festungshaft gegeben, aber ausdrücklich landesrechtlich, nämlich durch die Vereinbarung der Bundesregierungen vom 28. Oktober 1897 geregelt sei. Der Reichsminister der Justiz erwiderte hierauf, dass er seinen Schrift bei der Bayerischen Regierung allerdings als Ausübung des Reichsausübungsrates verstanden wissen wolle. Er stellte aber unter Hinweis auf den Inhalt der von ihm seinerzeit übergebenen Aufzeichnung, die bei der Bayerischen Regierung die Prüfung einzelner rechtlicher Bedenken hinsichtlich der Durchführung des Strafvollzuges angeregt und um Mitteilung des Ergebnisses dieser Prüfung gebeten habe, fest, dass nicht eine Kluft von Mängeln bei Durchführung von Reichsgerichten gemäß Artikel 15 Abs. 3 der Reichsverfassung in Frage kommt, sondern eine Bitte um Information, wie sie nach Artikel 15 Abs. 1 der Reichsverfassung an den Befugnissen der Reichsregierung in allen Angelegenheiten gehöre, in denen dem Reich das Recht der Geschäftigung zusteht.

Im Schluss der Meldung heißt es:

Die weitere Klärung der Angelegenheit wird hiernach durch Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Bayerischen Regierung erfolgen müssen. — Was bei diesen Verhandlungen herauskommen wird, kann man sich noch der Haltung, die man bisher in Berlin gegenüber Bayern eingenommen hat, leicht vorstellen.

## Rohrbach obenauf.

Wie die „ausgelösten“ Militärorganisationen feiern, berichtet die Dena aus Kreuzburg in Schlesien: Der Festsaal war mit Hakenkreuzbannern und schwarz-weiß-roten Fahnen demonstrativ geschmückt. An der Feier beteiligten sich der Jungdeutsche Orden und der Deutschvölkische Schuh- und Truhub. Im Mittelpunkt des Festes stand die Niedigung einer Rohrbachflagge. Hauptmann Rohrbach war aus Berlin mit seinem Stabe eigens zu der Feier erschienen, die städtischen Behörden waren durch den Bürgermeister von Kreuzburg vertreten. Am Tage nach dem offiziellen Fest stand eine geheime Versammlung aller Führer der Arbeitsgemeinschaft Rohrbach statt.

Hier gabs Arbeit für Gehörte und für Severing. Von Gehörten braucht man nicht zu befürchten, dass er etwas unternimmt, denn er ist so in der offiziellen und inoffiziellen Kamarilla verwurzelt, dass dieser Standort zum Himmel hinkt; dagegen wird Severing zeigen müssen, was er über die Teilnahme der städtischen Behörden an diesem ungeschicklichen Treiben denkt.

## Steuerlasten in Deutschland und Frankreich.

Der Germania wird von maßgebender Seite mitgeteilt: Im französischen Senat wurden dieser Tage zahlreiche Behauptungen über die deutsche Steuerbelastung und die Verhältnisse zur französischen aufgestellt, die den tatsächlichen widersprechen. Die Steuerbelastung in Deutschland beträgt pro Kopf 1401,70 Papiermark, in Frankreich 479,40 Papiermark. Die erste Zahl entspricht dem Stande von Mitte Oktober 1921, die zweite ergibt sich aus dem französischen Budgetentwurf für 1922. Die Zahlen können nur unter Berücksichtigung des Durchschnittslohnkommens richtig beurteilt werden. Unter Annahme eines Entwertungsfaktors im Innland von einer Goldmark gleich 15 Papiermark beträgt das Durchschnittseinkommen pro Kopf in Deutschland 1875 Papiermark. Das Durchschnittslohnkommens in Frankreich wurde klarlich von maßgebender offizieller Seite auf 2700 Papiermark angegeben. Die Steuerlast beträgt daher in Deutschland 28,75 Prozent des Einkommens, in Frankreich dagegen nur 17,75 Prozent. Die deutsche Steuerbelastung ist also nicht, wie im französischen Senat behauptet, leichter, sondern erheblich schwerer als die französische. Dabei ist durchweg noch nicht einmal die ungeheure Steuerbelastung berücksichtigt, die sich aus den dem Reichstag vorliegenden 25 Gesetzen ergeben wird.

Mit diesen Zahlenspielen wird man im Ausland wenig Eindruck machen. Man weiß im Ausland genau so gut wie in Deutschland, dass die Steuern, soweit es sich um die Besteuerung des Vermögens handelt, zum größten Teil nur auf dem Papier stehen. Auch die erwähnten neuen Steuern sollen zum Teil erst im Jahre 1923, zum Teil noch später wirksam

merden. Es kommt nicht nur darauf an, dass die Steuern auf den Papier stehen, sondern vielmehr darauf, dass sie auch tatsächlich eingezogen werden. Hätte man nicht nur Echtheitsteuern eingeführt, sondern sie auch wirklich erhoben, dann wäre es von Deutschlands Finanzlage heute nicht so schlimm bestellt. Das ist der kritische Punkt. Die Regierung muss durchdringen, dass die bestehende Klasse endlich Steuern zahlt. Dann erst wird sie den Angriffen der Alliierten wirksam entgegen treten können.

## Noch eine Bank in „schwieriger Lage“.

Düsseldorf, 10. Dezember. Der Allgemeine Bankverein A.G. in Düsseldorf hat beim Amtsgericht die Anordnung der Geschäftsausübung beantragt. Die schwierige Lage des Unternehmens ist durch verlustbringende Devisengeschäfte einzelner Beamten entstanden. Die von dem Aufsichtsrat nach Bekanntwerden der Verluste in die Wege geleitete Unterstützungsaktion war ungenügend, weil die inzwischen veranlaste Nachprüfung zu ergeben scheint, dass auch bereits Verluste aus abgewandelten Devisengeschäften vorliegen. Ein genauer Überblick war aber zur Zeit nicht zu erlangen, da die Geschäfte einer Klarstellung in allen Einzelfällen bedürfen. Diese soll nunmehr herbeigeführt werden.

## Weitere Erhöhung der Post- und Eisenbahngebühren.

Nach Meldungen Berliner Blätter hat die Reichspostverwaltung den Regelungen der Länder eine neue Vorlage über die Erhöhungen der Postgebühren unterbreitet, die wesentlich höhere Tarifsätze fordert, als sie die vom Reichsrat beschlossene Gebührenordnung aufweist. Danach sollen vom 1. Januar an folgende Sätze gelten: Die Postkarte soll im Druckverlehe 75 Pf., im Fernverlehe 1,25 Mark kosten. Die Gebühr für einen Brief wird im Druckverlehe 1,25 Mark, im Fernverlehe 2 Mark betragen. Für die Telegramme ist eine Gebührenerhöhung auf 1 Mark für das Wort und eine 10-Mark-Mindestgebühr vorgesehen. Die Fernsprechgebühren sollen auf 200 Proz. gegenüber dem Gebührentarif vom 1. Oktober erhöht werden.

Gleichzeitig wird mitgeteilt, dass die Eisenbahnhafpreise aus dem zwanzigstags der Preise in der Vorkriegszeit gesteigert werden sollen. Man will durch diese Erhöhungen unbedingt erreichen, dass die Reichsbetriebe keine Reichszuschüsse mehr erfordern.

## Der Untersuchungsausschuss über den Osterputsch.

### Die Zeugenvernehmung geschlossen.

Der vom preußischen Abgeordnetenhaus eingesetzte Ausschuss zur Untersuchung der Vorgänge im mitteldeutschen Ausland hat auf die weitere Vernehmung von Zeugen verzichtet. Man kann es verstehen, dass die bürgerliche Mehrheit des Untersuchungsausschusses beschlossen, den weiteren Zeugenvernehmungen abzusehen. Hatten doch am Mittwoch jene Schupooffiziere und Schupomannschaften das Wort, die durch frühere Auslagen von Zeugen ausschweife bloßgestellt waren. Natürlich ist kein Engel so rein wie die Herren Offiziere. Von willkürlichen Errichtungen letzter Spur, von Misshandlungen ebenfalls nicht, von Graualtäufen der Düsseldorf Schupoabteilung nichts bekannt. So beluden über einstimmend Polizeimajor Freiherr von Wendl, Hauptmann Ramshorn, Leutnant Schlee, Oberleutnant Meyer, Leutnant v. d. Tann und andre. Und der Polizeikat Dr. Rehfeld bestätigte es und trug Gewissmach vor, die recht lebhaft an die amtlichen deutschen Gesetzgebern erinnerte, die während des Kriegs vom Kriegspressequartier verdeckt wurden und die alleamt erstaunten und erlogen waren. Aber wie im Krieg durch die Schwindenachtungen das deutsche Volk systematisch belogen worden ist, so soll durch die Erzählung der Herren Offiziere die öffentliche Meinung hinter Licht geführt werden. Die Herren glauben es geschafft zu haben, der Tod der Schupo ist wieder rein. Ebenso rein wie der Tod des rechtssozialistischen Oberpräsidenten Hörsing, der nach den Verhandlungen des Zeugen Oberwachmeisters Kalweit gesagt hat: „Je blutiger der erste Tag, desto unblutiger die folgenden“.

## Die Annahme des englisch-irischen Vertrages gesichert?

London, 10. Dezember. Laut Evening News sind die Union für die endgültige Annahme des englisch-irischen Vertrages sowohl durch Nord- als auch durch Südirland beständig. Lord George soll dem Ulster-Premierminister Craig gewisse Zusicherungen bezüglich der Grenzregulierung gegeben haben. Ulster habe darum erucht, dass die Kommission sich mit der Grenze von neun Grafschaften statt sechs befassen solle. — Den Blättern zufolge wird angenommen, dass wenn Devaleera bei der am Mittwoch im Sinnelnerparlament stattfindenden Abstimmung über den englisch-irischen Vertrag eine Niederlage erleidet und zurücktritt, Griffith an die Spitze des irischen Freistaates treten und Collins Schatzkanzler des irischen Freistaates werde.

Nach einer weiteren Londoner Meldung sollen zwei Drittel der Mitglieder des Del Eirean für die Annahme des Abkommens ein. — Kardinal Logel, das Haupt der römisch-katholischen Kirche in Irland, hat für Donnerstag alle katholischen Bischöfe von Irland eingeladen, befürworten, dass der Friedensvertrag ratifiziert werden müsse. Wie verlautet, sind alle Bischöfe für die Ratifizierung des Vertrages.

## Die Einstellung der Lebensmittelzuschüsse in Österreich.

Wien, 12. Dezember. (TU). Die Regierung hat den Parteien den Gesetzentwurf über die Einstellung der Lebensmittelzuschüsse bereits zur Beratung vorgelegt. In diesem Gesetzentwurf ist ab 1. Januar 1922 die vollständige Einstellung aller Lebensmittelzuschüsse in Aussicht genommen. Die Unternehmer haben für jeden Angestellten sowie für dessen Frau und jedes Kind unter 14 Jahren für Bett, Mehl und Brot die Differenz zwischen den Preisen vom 15. Dezember und 1. Januar monatlich im Voraus zu erlegen. Das Gelek soll vorläufig für sechs Monate in Kraft treten. Die Parteien und die Unternehmer beraten bereits den Gesetzentwurf, der unbedingt noch vor Weihnachten zum Vollzug erhoben werden soll. Wahrscheinlich werden sich aber eine Reihe von Änderungen als notwendig erweisen.

### Die Wiener Unruhen vor Gericht.

Wien, 9. Dezember. Heute begannen die ersten Verhandlungen wegen der am 1. Dezember im Anschluss an die Teuerungs-demonstration der Floridsdorfer Fabrikarbeiter erfolgten Plündereien. Gegen die meist jugendlichen 11 Angeklagten wurden wegen Diebstahl, öffentlicher Gewalttätsigkeit und böswilliger Sachbeschädigung Strafen von vier bis zehn Monaten schweren Kerker, verschärft durch harten Lager einmal im Monat, verhängt. Das Ansuchen mehrerer Angeklagten um Strafauflösung wurde abgewiesen.

Der Polizei der Staatspolizei Bräunl erklärte in der heutigen Pressekonferenz, dass die Ursache der Plündereien der Nervenzusammenbruch der Bevölkerung wäre und nicht eine planmäßig

angelegte Verschwörung. Er könne feststellen, dass keine politische Partei für die Plündereien verantwortlich sei.

## Erste Differenzen zwischen Frankreich und Spanien.

Madrid, 9. Dezember. Herald schreibt nach Auskünften von zuständiger Stelle: Frankreich hat am 6. Dezember Spanien eine Note überreicht, in der dringend die Annahme der französischen Bedingungen als Grundlage für die weiteren Verhandlungen gefordert wird. Diese Note werde die lehre sein und aus sie werde, wenn ihre Wirkung ausbleibe, der Abbruch der Verhandlungen folgen. Das Blatt fügt hinzu, dass die spanische Regierung ein Notbuch über die Angelegenheit herauszugeben gedenke, und dass der Bruch als unvermeidlich betrachtet werde. — Auch Epoca hält den Abbruch der Verhandlungen für unvermeidlich. Die Sorge der Regierung sei jetzt darauf gerichtet, dass dieser Zustand so kurze Zeit wie möglich dauere.

Paris, 9. Dezember. Nach dem Echo de Paris hat sich der Ministerrat gestern abend mit der Frage des französisch-spanischen Handelsabkommen beschäftigt. Er habe den Abbruch der Handelsbeziehungen ins Auge gefasst und mit einer Prüfung der Maßnahmen begonnen, für den Fall, dass nicht ein modus vivendi ( gegenseitige Verständigung) zwischen den beiden Staaten gefunden werde. Das Gericht geht um, dass im Falle eines Bruches die spanischen Waren bei ihrem Eingang in Frankreich mit einem Prohibitzoll belegt werden würden.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Der Kampf der Unternehmer gegen die Betriebsräte

Schon lange ist die Einrichtung der Betriebsräte dem Unternehmertum ein Dorn im Auge. Sie stören, dass dadurch die Arbeiterschaft Einfluss in den Produktionsprozess bekommt und sich dezentrale Kenntnisse und Fähigkeiten erwirkt, die sie befähigen, einst die Leitung der Produktion selbst in die Hand zu nehmen und das Unternehmertum auszuschalten. Deshalb führen die Unternehmer einen stillen, aber zähen Kampf gegen das Betriebsrätegesetz. Offen trauen sie sich noch nicht gegen das Gesetz anzutreten, denn sie wissen ganz genau, dass damit der Widerstand der Arbeiterschaft angefangen würde. Sie schlagen daher einen andern Weg ein. Mit juristischer Spitzfindigkeit spülen die Unternehmer allen Schwäche des Gesetzes nach und wo sich die Möglichkeit dazu bietet, versuchen sie den Betriebsräten die Tätigkeit zu erschweren und unmöglich zu machen. Das Betriebsrätegesetz ist auch in den entscheidenden Partien zweideutig genug abgefasst, es mit Hilfe „unparteiischer“ Schlüpfungsausschussmitglieder und anderer Gesetzeswächter im Sinne des Unternehmertums ausgenutzt werden kann. Dazu kommt die Tatsache, dass die vorgenommenen Strafen, die die Unternehmer zwingen sollen, das Gesetz zu achten, so lächerlich gering sind, dass sie absolut keinen Schutz gegen unberedige Übergriffe bieten. In den meisten Fällen zahlt der Unternehmer lieber die Abfindung oder Strafe, als dass er sich dazu bereit stände, ein Betriebsratsmitglied, das seine Aufgabe ernst nimmt im Sinne der Arbeiterschaft, wieder einzustellen oder weiterzubeschäftigen.

Um den Kampf gegen die Betriebsräte erfolgreich führen und alle Erfahrungen in diesem Kampf austauschen und gegenseitig nutzbar machen zu können, schließen sich die Unternehmer zu besonderen Vereinigungen zusammen oder richten innerhalb ihrer Verbände besondere „Schlupfkästen“ ein. Die neueste Schöpfung auf diesem Gebiet ist die „Liga zum Schutz gegen die Übergriffe der Betriebsräte“. In einem Rundschreiben an die Unternehmer begründet das Gründungskomitee die Schönung und entwidelt sein Programm. Gaetkner ist das Rundschreiben von Max Kämmer, München. Rudolf Langhans, Berlin, Joseph Böhmer, Dortmund und August Schluß, Wurzen.

In dem Rundschreiben wird die ganze Erbärmlichkeit und Frechheit des Schöpfungskomitees offenbart. Mit widerlicher Heuchelei wird behauptet:

„Die radikalsten Betriebsräte erblicken im Betriebsrätegesetz ein Klauenfest und demnachfolge ist ihr ansonsten Sinnen und Trachten darauf gerichtet, dasselbe nach Möglichkeit zu sabotieren. Sie versuchen mit allen Mitteln, ja selbst unter Anwendung von Terror, sich Rechte anzueignen, die ihnen nach dem Betriebsrätegesetz gar nicht zustehen.“

In vielen Fällen ist es ihnen auch selber gelungen, und wohl hauptsächlich in den Betrieben, wo der Arbeitgeber oder seine Vertreter wegen Mansels an Zeit sich nicht so eingehend mit dem Betriebsrätegesetz beschäftigen konnten, wie es eigentlich im Interesse des Betriebes erforderlich gewesen wäre.

Wer das zwielichtige Verhältnis hat, sich mit den Betriebsräten vor den Schlüpfungsausschüssen herumstreifen zu müssen, der wird die Mahnung machen, dass vielfach die Handlungsweise der Betriebsräte bis hart an die Grenze der Gemeinschaft und Privatsität geht. In jedem Worte spiegelt sich der Hass, weil das einschlägige Betriebsrätegesetz nicht den radikalsten Wünschen entspricht und sich der Gesetzgeber nicht entschließen konnte, den Arbeitnehmern nur Rechte einzuräumen und den Arbeitgebern nur Wünschen aufzuerlegen.“

Welche Pflichten die Unternehmer den Betriebsräten zuwenden wollen, geht aus folgendem Satz hervor:

„Die Pflichten sind ihnen durch das Gesetz klar und klar vorgeschrieben. Sie sollen den Betrieb vor Erschlitterung bewahren und die Produktion zu heben suchen. Auch sollen sie der Betriebsfertigung mit Rat und Tat zur Seite stehen.“

Darunter versteht die Unternehmer, dass die Betriebsräte die Belegschaft von jeder Lohnbewegung und jedem Streik zurückhalten. Nun fragt das Rundschreiben:

„Wie steht es aber in der Praxis aus?“

Durch direkte und indirekte Verhinderung der Arbeiterschaft wird die Autorität der Arbeitgeber sowie die Entwicklung der Gewerkschaften überhaupt, zu unterdrücken verucht.

Tatsächlich kann man die Wahrnehmung machen, und hauptsächlich in äröheren Betrieben, wie weit die Verhinderung der freien Gewerkschaften vor sich gegangen ist.

Die Arbeiter werden nicht ausgelöscht, sondern sie werden verdrängt und irreversibel. Sie werden teilweise von gewissenlosen Betriebsräten ausgeschlossen und ausgescholdert, durch ihre Arbeitsweise und ihre Arbeitsmethoden an der Vornahme der Privatunternehmungen teilnehmen.

In ihrer sarkastischen Verblendung könnten sie sich nicht an der Gleichheit durchdringen, doch nur durch gemeinsame, intensive Arbeit ein Miteinander aus dem gegenwärtigen Elend zu erlösen ist.

Es ist nun leider ein Zeichen der revolutionären Teil, dass sich der Arbeitnehmer, als der wirtschaftlich schwächeren Teil, immer im „Recht“ befindet, und sich in jedem Falle als „kapitalistisches Auskunftsobjekt“ betrachtet.“

Um dem abzuholzen, wird indirekt zur Entlassung der „unwichtigen“ und „radikalsten“ Arbeiter aufgefordert. Gleichermaßen wird darüber gesagt, dass diesem Streik von den Betriebsräten Sicherheitsbereitwilligkeiten in ihm, indem dies das Betriebsrätegesetz offiziell oder aus Unwissenheit falsch auslegen. Dann heißt es:

„Der § 84 soll doch nur eine Sicherung gegen besondere Härtungen bedeuten. Bei der Beurteilung dieser Härtungen ist nicht nur die Macht des Arbeitnehmers zu berücksichtigen, sondern auch die des Arbeitgebers.“

„Sind den Arbeitgebern würde es aber eine ganz besondere Härte bedeuten, würde ihm die Entlassung unschuldiger Arbeitnehmer verboten.“

Den Unternehmern wird dann empfohlen, den Schlüpfungsausschuss anzutreten, der ihnen sicher recht geben würde. Denn:

„Es kann ferner wohl kein Zweifel darüber bestehen, dass es im Interesse des gewerblichen Ausbildungsbildes unbedingt notwendig ist, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Übergriffe und unberechtigten Annahmen der Betriebsräte zu bekämpfen.“

So, wie bisher, dürfte es nicht weitergehen, die Unternehmer dürfen dem Streik der Betriebsräte nicht ruhig zuschauen.

„Die Herren Arbeitgeber müssen sich aus ihrer teilweisen bischerigen Gleichgültigkeit, aus ihrer „behaglichen Verzweiflung“ aufwagen, sie müssen mit Mut und Energie den Kampf mit den Feinden ihrer Existenz aufnehmen und fortsetzen bis zum siegreichen Ende.“

Alle Arbeitgeber und deren Vertreter müssen deshalb mit Argusaugen darüber wachen, dass nicht der geringste Übergriff der Betriebsräte, die geringsten unberechtigten Annahmen ungestraft bleiben. Es muss in jedem einzelnen Falle tiefvoll aber energisch dagegen eingehandelt werden. Wie jedes Nebel, so muss auch dieses, um besiegt werden zu können, an der Wurzel angesetzt werden. Es muss den Betriebsräten den Nährboden entzogen werden und ihnen nicht mehr Freiheit innerhalb der Betriebe gestattet sein, als wie es unumgänglich notwendig ist.

Beachten Sie doch einmal Ihre Betriebsräte, meine Herren, in welcher gewichtigen Position sie sich fühlen. Sie betrachten sich schon in vielen Fällen als Diktator und erfreien sich Eingriffe in die Betriebsführungen.“

Nachdem die Unternehmer so bearbeitet worden sind, werden sie aufgefordert, Mitglied der „Liga zum Schutz gegen die Übergriffe der Betriebsräte“ zu werden. Denn:

„Die Liga erkennt höchst jede gewünschte Auskunft in allen Fragen des Betriebsrätegesches und übernimmt in schwierigen Fällen die Vertretung vor den Schlüpfungsausschüssen. Ihre Mitglieder völlig losgelöst.“

Die Arbeiter und Angestellten wissen nun, was sie zu erwarten haben. Sie werden dafür sorgen, dass die Bäume der Schöpfung nicht in den Himmel wachsen. Nicht Abbau der Rechte der Betriebsräte und der Arbeiterschaft darf es geben, sondern Ausbau. Feindseliges gewerkschaftliche Organisationen sind die erste Voraussetzung für die erfolgreiche Abwehr dieser Unternehmertreue. Die Arbeiter- und Angestelltenchaft wird den Schöpfungsausschuss aufnehmen und zum Gegenangriff übergehen. Ist auch dieser Kampf schwer, er muss durchgesetzt werden, wenn die Arbeiterschaft nicht wieder zum rechlosen Sklaven herabfallen soll. An dem ehemaligen Willen der Arbeiter- und Angestelltenchaft werden alle reaktionären Anschläge der Unternehmer zerstellt.“

### Achtung, Bauarbeiter!

Laut Vereinbarung vom 28. 11. 1921 wird auf alle bestehenden Löhne ab 2. Dezember 1921 ein Zuschlag von 2 Mk. und ab 16. Dezember 1921 ein weiterer Zuschlag von 70 Pf. pro Stunde bezahlt. Es beträgt somit der Stundenlohn:

	ab 2. 12. 1921	ab 16. 12. 1921
Maurer, Zementfacharbeiter u. Träger	12.30	13.—
Zementarbeiter (Flicker)	12.10	12.80
Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter	11.85	12.55
Stuttgarter, Rabih- und Edelpuher	13.80	14.30
Hilfsarbeiter in Spezialgeschäften	13.05	13.85
Floßarbeiter	12.40	13.10
Helfer	11.85	12.55
Steinholszleger	12.40	13.10
Helfer	12.30	13.—
Heuerungsmaurer	12.50	13.10
Helfer	12.15	12.75
Schot-steinmaurer	14.20	14.20
Helfer	13.85	13.85
Fleisenger	13.—	13.70
Fleisenger-Löffelsohn	s. Fußboden das 15 fache, für Wandbekleidung das 14 fache.	
Im Lohnbezirk 2 (Liebertwolkwitz, Markranstädt, Laucha-Land) verringern sich die Sätze für Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter um 15 Pf. pro Stunde.		
Im Lohnbezirk 3 (Borsdorf, Naunhof, Gatschwil und Zwönitz) um 80 Pf. pro Stunde.		
Die Lehrlingssätze betragen	ab 2. 12. 1921	ab 16. 12. 1921
während der 4 wöchigen Probezeit	1.65	1.75
im 1. Lehrhalbjahr	1.80	1.90
2.	2.10	2.25
3.	2.55	2.70
4.	3.15	3.40
5.	4.—	4.30
6.	5.—	5.30
Im 2. und 3. Lohnbezirk verringern sich die Sätze um 15 Pf. pro Stunde.		
Die Auslösung für das allgemeine Baugewerbe beträgt: bei Arbeiten unter vier Wochen für Verhältnisse 30 Mk., für		



## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 12. Dezember.

## Parteiangelegenheiten.

**Mosau.** Kindergruppe der USP. Am Mittwoch Besichtigung der Volkszeitung. Nur Kinder über 12 Jahre. Treffen pünktlich 12 Uhr an der Hermannstraße.

**Schönsfeld.** Nächsten Mittwoch Besuch von Papa Kleineck. Sammeln nicht vor 2 Uhr an der Filiale; Abmarsch 1/3 Uhr. Billette für Mitgliedskinder zu 50 Pf. sind in der Filiale zu haben.

**Gewerkschaftsvorstände.** Mittwoch, den 14. Dezember, vormittags 11 Uhr, Sitzung im Hotel Victoria, kleines Restaurantzimmer. Tagesordnung: Übersiedlungs- und Bureauauftragen. Die Teilnahme eines Vertreters der in Betracht kommenden Verbände ist unbedingt erforderlich.

Die für Freitag, den 16. Dezember, angeleitete Vollversammlung der Gruppenräte aller Industriegruppen fällt aus.

**Achtung, Beamtenausschuss der USP!** Dienstag, den 13.12., abends 7 Uhr, Sitzung im Volkszeitungs-Restaurant, Tauchaer Straße 10. Es müssen von jeder Beamtengruppe Vertreter anwesend sein. Der Omann.

**Betriebsräte, Arbeiterräte und Angestelltenräte und Obmänner der Gruppe IX, Lebens- und Genußmittelindustrie.** Dienstag, den 13. Dezember, abends 7 Uhr, Vollversammlung im Volkshaus, Café Mitte. Tagesordnung: Arbeitszeitgesetz.

**Kursus 2 (Seiffersdorff).** Heute abend 7 Uhr letzter Kursusabend im Volkshaus.

## Die neuen Steuerkarten für die Arbeiter.

Wie von den Finanzämtern bekannt gemacht worden ist, erhält jeder Arbeiter noch vor Weihnachten seine Steuerkarte für das neue Jahr. Sie ist von der Gemeindebehörde des Ortes auszustellen, in dem der Arbeiter am 20. Oktober 1921 gewohnt hat. Das Stadsteueramt Leipzig stellt die Steuerkarten durch das städtische Bestellsamt zu. Die beteiligten Steuerpflichtigen brauchen um die Aushändigung sich so lange nicht selbst zu bemühen, als nicht öffentlich dazu aufgefordert wird.

Die Steuerkarten führen jetzt die amtliche Bezeichnung „Steuerbuch“. Ein Steuerbuch erhält jede Person, die Arbeiter im Sinne des Einkommensteuergesetzes ist, auch wenn sie zur Zeit keine Stellung und kein Arbeitseinkommen hat. Als Arbeiter gelten hierbei außer den Arbeitern, Dienstpersonen, Angestellten und Beamten einschließlich der Lehrer auch die Empänger von Ruhegeld, Witwengeld, Unfallrente, Invalidenrente und dergl. Ein Steuerbuch besteht aus einem Umschlag und zwei Einlagebögen für die Steuermarken. Die Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten erhalten den Steuerbuchumschlag ohne die Einlagebögen, weil ihre Dienstbehörden die Steuerabzüge ohne Verwendung von Steuermarken an die Finanzämter zahlen. Auf dem Steuerbuch-Umschlag ist der Arbeiter genau bezeichnet und der Betrag der ihm zustehenden Ermäßigungen des Steuerabzugs angegeben. An diese Angaben ist der Arbeitgeber bei jeder Berechnung des Steuerabzugs gebunden. Die Ermäßigungen werden nach dem Stande am 20. Oktober 1921 bemessen. Spätere Änderungen in der Zahl der Familienangehörigen können nur dann beachtet werden, wenn der Arbeiter bis Ende März 1922 nachweist, daß die Zahl dieser Familienangehörigen um wenigstens 2 größer ist, als im Steuerbuch angegeben worden ist. Die Ehemänner und die minderjährigen, also in der Zeit vom 21. Oktober 1900 bis zum 20. Oktober 1921 geborenen Kinder, sind bei der Ermäßigung des Steuerabzugs für den Haushaltungsvorstand nur dann zu berücksichtigen, wenn sie zu dessen Haushaltung gehören. Leben Eheleute getrennt, so hat der Ehemann für seine Frau keine Ermäßigung zu erhalten. Als Kinder gelten auch Stief-, Schwieger-, Adoptiv- und Pflegeländer sowie deren Abkömmlinge, also auch Enkelkinder; nicht dagegen Ziekhinder. Wer mittellose Angehörige unterhält, kann sich auch für diese eine Ermäßigung seines Steuerabzuges auswirken. Alle Einwendungen gegen die Bemessung der Steuerabzugsermäßigungen und alle Anträge auf weitergehende Ermäßigung sind möglichst sofort, spätestens aber bis Ende Dezember 1921 bei dem Finanzamt anzubringen, das auf dem Steuerbuch bezeichnet ist. Die neuen Steuerbücher dürfen erst von Neujahr an, die bis jetzt benutzten Steuermarken dürfen nur noch bis zum Schlusse des laufenden Jahres verwendet werden. Der Arbeiter hat sein Steuerbuch spätestens bei der ersten Lohn- oder Gehaltszahlung für das neue Jahr seinem Arbeitgeber vorzulegen. Er kann das Steuerbuch auch dem Arbeitgeber zur Aufbewahrung überlassen.

## „Frühzeit“.

Eine Proletenautobiographie

Von Oskar Maria Graf.

Nachdruck verboten.

Nach einigen Tagen kam eine Karte vom Lazarettfeldwebel folgenden Inhalt:

„Deine Entlassung aus dem Heeresdienst bereits versiegelt, werden Sie gebeten, sich hierher zu begeben. Das Menagerie, das Sie erhalten haben, müssen Sie wieder zurückstatten. Es wird Ihnen auf der Schreibstube Ihres Erziehungspunktes wieder ausbezahlt.“

Ich fuhr in Civilleidern und ohne Geld nach Hause. Der Feldwebel donnerte. Aber es war nichts zu machen.

Ich erhielt auf dem Sekretariat meinen Militärpass ohne Vermerk und konnte gehen.

Zugleich mit mir wurde auch August entlassen. Seine Mutter war gekommen, um ihn abzuholen. Zehn Schritte vor drei durchs Tor ins Freie. Die Straße war platschig weich. Der Schneeschmelze, und die Sonne stand groß und klar im offenen Himmel. August hatte es sich nicht nehmen lassen: Die zwei mit Militärknöpfen gefüllten Säcke baumelten von seiner Schulter, mit den ausgegetretenen Sandalen, die er die ganze lange Zeit in der Anstalt trug, stampfte er durch die Pfützen, daß der nasse Kot hochsprang, und lagte unentwegt zu seiner schimpfenden Mutter „Ich geh' ins Gebirg!“

So wird er wohl heute noch wandern, dieser heilige Mensch, ohne Hemming und Rot.

In München vertranken wir unser letztes Geld und schieden. „Geh mit“, lagte August treuerherzig und sah mir offen in die Augen. Einen Augenblick zögerte ich.

„Du wirst eine seine Nummer!“ meinte August wieder. Die Mutter stand da und lächelte mich an. Hin und her wogte es in mir. Auf einmal, wie im Traum, schüttelte ich die Hand des andern und ging.

## Straßenbesiedel statt sozialer Fürsorge.

Uns wird geschrieben: „Zur Lösung der Notlage unserer alten Leute hat die Reichsgemeinschaft von Hauptverbänden deutscher Wohlfahrtspflege, in welcher die führenden deutschen Organisationen der freien Viebstätigkeit zu gemeinsamer Hilfsarbeit sich zusammengebunden haben, beschlossen, ein großzügiges Altershilfswerk unter dem Titel: Altershilfe des Deutschen Volkes. Volkszählung für das notleidende Alter durchzuführen, und von der preußischen Regierung bereits die Genehmigung zu dieser Sammlung erhalten. In geradezu erschütternder Weise mehrten sich in letzter Zeit die Anziehen von der verzweifelten wirtschaftlichen Lage unserer alten Leute, die infolge Altersgebräuchlichkeit oder Krankheit aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind und nun keine Möglichkeit mehr haben, einen Ausgleich zwischen ihren häufigen Einnahmen und den riesenhaft anwachsenden Ausgaben herzustellen.“

Das deutsche Volk hat durch seine Opferbereitschaft bei den Sammlungen für seine Kinder, für die Volksgenossen in Ober- und Unterklassen und die Opfer von Oppau bewiesen, wie stark der Gedanke der sozialen Verantwortlichkeit und das Gefühl der uns alle zusammengehörenden Schicksalsgenossenschaft in ihm lebendig ist. Es wird auch bei der neuen Aufgabe, für unsre alten Leute, für die schuldlosen Opfer unseres wirtschaftlichen Zusammenbruchs zu sorgen, nicht verlagen. Daher fordert die Reichsgemeinschaft von Hauptverbänden der freien Wohlfahrtspflege alle Volkskreise zur Mitarbeit an dem Altershilfswerke auf.“

Man konstatiert eine verzweifelte wirtschaftliche Lage der alten Leute, und doch sind erst kürzlich im Reichstag alle Anträge der USPD. auf höhere Unterstützungsätze für alle Rentenempfänger abgelehnt worden. Zeigt geht man auf die Straße, um hier die Bassanten anzubetteln. In den Schlemmerställen aber liegen die Bräser, die sich auf Kosten der hingeraden Bevölkerung täglich bereichern. Die Agrarier wühlen mit den Kartoffeln, mit dem Getreide, mit dem Fleisch, und sie verhammen damit besonders die alten Leute aus der besitzlosen Klasse zum Darben. Daraus hat die bürgerliche Gesellschaft nichts auszuschließen. Wenn sie jetzt von der verzweifelten wirtschaftlichen Lage der alten Personen spricht, so ist das Scheuklappen. Mit dem, was auf den Straßen zusammengebettelt wird, kann das Elend auch nicht entfernt werden. Bezeichnend ist, daß man in Preußen, in dem Lande der Koalition von Schwerindustriellen, Pfaffen und Rechtssozialisten diese Bettelstreiße freigegeben hat. Sind das die Früchte dieser Koalitionspolitik?

## Die Bücherausstellung im Volkshaus.

Das Arbeiterbildungsinstitut hat im Gartencafé des Volkshauses eine Ausstellung veranstaltet, die den Arbeitern Gelegenheit bietet, gute Bücher, Zimmerkunst und Soulezeug für den Weihnachtsstisch zu erwerben. Die Ausstellung ist noch am nächsten Sonntag geöffnet, so daß jeder seinen Bedarf decken kann. Wir weisen besonders auf die Bücherausstellung hin. Ein gutes Buch gehört in jedes Arbeiterheim. In vielen Arbeiterheimen wird leider noch zu wenig gelesen. Meist beschränkt man sich auf die Zeitung. Und doch ist es notwendig, gerade in dieser Zeit durch die Lektüre politischer und wissenschaftlicher Schriften sein Wissen zu erweitern. Ebenso muß auch die schöne Literatur beachtet werden. Wer in den Feierstunden einen wertvollen Roman liest, wird einen hohen Genuss haben. Diesen kann sich jeder verschaffen. Bücher sind auch teurer geworden. Doch im Gegenjahr zu manchem andern Artikel sind die Preise immer noch nicht übermäßig hoch. Ein Buch bleibt dauerndes Eigentum des Erwerbers, wird zu seinem besten Freunde. Wie oft wird heute noch für minderwertige Dinge, Alkohol, Tabak, Kino, Geld ausgegeben. Da darf das gute Buch nicht an leichter Stelle stehen oder gar überhaupt fehlen. Es muß vielmehr in den Vordergrund rücken.

Wer daher zu Weihnachten seinen Lieben ein Geschenk machen will, vergesse das gute Buch nicht. In der Ausstellung des Arbeiterbildungsinstituts wird er vorsätzlich beraten. Dort findet er Literatur für alle Familienangehörigen. Es ist eine reichhaltige Jugendliteratur, es sind politische wissenschaftliche Schriften aller Art vorhanden. Unterhaltungsliteratur gibt es in Fülle. Und es wird darauf geachtet, daß nur gute Literatur ausgestellt wird. Der Käufer weiß also, daß er nur wertvolle Schriften erwirbt. Selbstverständlich darf der Ankauf von Literatur sich nicht nur auf die vorerst Sonntags vor Weihnachten erstrecken. Bücher sind Gegenstände des täglichen Bedarfs. Insbesondere müssen die politischen Schriften, die Partei-literatur erworben werden. Unsere Buchhandlung, Tauchaer Straße 10/21, sowie unsere Filialen verfügen über ein reichhaltiges Lager, worauf wir bei dieser Gelegenheit hinweisen möchten. Sie beschaffen jede gewünschte Schrift.

## Die Verpflegsläge in den städtischen Krankenhäusern.

Die täglichen Verpflegsläge für die städtischen Krankenhäuser betragen vom 12. Dezember d. J. ab: A. Im Krankenhaus St. Jakob: in der allgemeinen Abteilung a) für Einheimische 25 Pf., b) für Auswärtige 40 Pf., c) für selbstzahrende Ausländer 65 Pf.; für sozialangehörige Ausländer 50 Pf. für die mittlere Verpflegsklasse, in die nur Einheimische aufgenommen werden, 40 Pf. für 1 Zimmer mit 1 Bett, 35 Pf. für das Bett eines mehrbettigen Zimmers; in der Abteilung für Privatkrankte a) für Einheimische 25 Pf., b) für Auswärtige 55 Pf., c) für Ausländer 200 Pf. d) eine Begleitperson, die in demselben Zimmer mit untergebracht wird, 55 Pf. für gesunde Säuglinge, die von der Mutter gestillt werden, 2-5 Pf. für frische Säuglinge, die von der Mutter gestillt werden, 5-10 Pf.

b) Im Krankenhaus St. Georg: in der allgemeinen Abteilung a) für Einheimische 25 Pf., b) für Auswärtige 40 Pf., c) für selbstzahrende Ausländer 65 Pf. für sozialangehörige Ausländer 50 Pf. für die mittlere Verpflegsklasse, in die nur Einheimische aufgenommen werden, 40 Pf. für 1 Zimmer mit 1 Bett, 35 Pf. für das Bett eines mehrbettigen Zimmers; in der Abteilung für Privatkrankte a) für Einheimische 25 Pf., b) für Auswärtige 55 Pf., c) für Ausländer 200 Pf. d) eine Begleitperson, die in demselben Zimmer mit untergebracht wird, 55 Pf.

in demselben Zimmer mit untergebracht wird, 55 Pf. für gesunde Säuglinge, die von der Mutter gestillt werden, 2-5 Pf. für frische Säuglinge, die von der Mutter gestillt werden, 5-10 Pf. b) Im Krankenhaus St. Georg: in der allgemeinen Abteilung a) für Einheimische 25 Pf., b) für Auswärtige 40 Pf., c) für selbstzahrende Ausländer 65 Pf. für sozialangehörige Ausländer 50 Pf. für die mittlere Verpflegsklasse, in die nur Einheimische aufgenommen werden, 40 Pf. für 1 Zimmer mit 1 Bett, 35 Pf. für das Bett eines mehrbettigen Zimmers; in der Abteilung für Privatkrankte a) für Einheimische 25 Pf., b) für Auswärtige 55 Pf., c) für Ausländer 200 Pf. d) eine Begleitperson, die in demselben Zimmer mit untergebracht wird, 55 Pf.

Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 14. Dezember, abends 5½ Uhr statt. Das Kollegium wird sich weiter mit dem Haushaltplan beschäftigen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. das höhere Schulwesen, die städtischen Theater, sowie die Frage der Einverleibung der Gemeinden Großschönborn-Windorf, Leutzsch, Paunsdorf und Wahns.

Eine Liga zum Schluß gegen die Betriebsräte. Ein betriebsamer Herr, der offenbar das dringende Bedürfnis hat, sich eine einträgliche Existenz zu gründen, ist auf die Idee gekommen, eine „Liga zum Schluß gegen die Übergriffe der Betriebsräte“ zu gründen. Der Mann weiß, was sich gehört und worauf es kommt, denn die Haupthand ist für ihn das Postcheckkonto. Dieter Gurenkoß, der bisher Christlicher war, hat sich selbst zum Syndikus ernannt; er wohnt in L-Schleußig, Könneritzstraße 46. Der neu gebildete Syndikus soll sein Ziel durch Beitragsauflösungen an Unternehmerverbände zu erreichen versuchen. Alles und für sich erscheint seine Spekulation auch nicht ganz aussichtslos, denn für viele Unternehmer ist ja schon der Bestand eines Betriebsrates ein Übergriff. Aber zu dem Syndikus aus eigener Machtvollkommenheit haben selbst die Unternehmer kein Vertrauen, sie warnen davor. Und so wird wohl Paul Gurenkoß wieder hinabsinken in einen anständigen Beruf, der Höhenflug ist ihm mißglückt, er kann sein Postcheckkonto wieder lösen lassen.

Geht sparsam mit dem Wasser um! Der Rat schreibt uns: Eine größere Störung an der Zuleitung von Caniz bedingt, daß die Wasserversorgung während der Zeit der Instandsetzung vermindert wird. Wir ersuchen, um einen allgemeinen Wassermangel zu vermeiden, den Verbrauch in jeder Weise einzuschränken. Auf alle Fälle ist auf die Folgen von eintretendem Druckmangel Rücksicht zu nehmen.

Ein erheiternder Reizfall. Am Sonnabend transportierte ein Auto der Leipziger Volkszeitung in einigen Höfen die Garderobe zur Aufführung eines Theaterstücks. Beim Abladen kam ein Mann vorbei, der sehr interessiert zusah. Nach einiger Zeit kamen zwei Polizeibeamte, die auf eine Anzeige hin eine hochinteressante Untersuchung anzustellen hatten über den Waffentransport. Bei der Garderobe waren auch einige alte Überbleibsel ehemaliger Bogenschützen mit verladen worden, die zu dem Theaterstück gebraucht wurden. Das hat den Anzeigentäter veranlaßt, die „Waffentransporte“ zu melden. Wenn die Polizei immer so gründlich untersucht, dann wäre der Verein Silberer Schild kaum als harmloser Wanderslust bewundert worden.

Das „Kaiserliche“ Marinefazett. Aus dem Marinelaizarette Wilschimshaven flattern noch immer amtliche Schriftstücke in die Welt, auf denen die Umsatzmarke der „Kaiserlichen Marine“ aufgedrückt sind. Als die Revolution ausbrach, haben bekanntlich die „Kaiserschiffen“ bei der Marine nicht gemustert. Vorsicht war ja für diese Herrschaften seit je der bessere Teil der Tapferkeit. Daß die republikanische Regierung die „Kaiserschiffen“ gewähren läßt, ist auch bezeichnend.

Güterverleih mit Ruhland. Die Handelsvertretung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik in Berlin teilt mit, daß Ruhland die Einfuhr sämtlicher Privatgüter, darunter auch solcher, die für die Hilfsaktion oder zu Wohltätigkeitszwecken bestimmt sind, wie auch desjenigen Reisegepäcks, das über den persönlichen Bedarf hinausgeht, von jetzt ab einer Einfuhrbewilligung durch die Handelsvertretung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik in Berlin, Lützow-Ufer 1, bedarf. Diese Bestimmung bezieht sich sowohl für die Einfuhr über die See, als auch über die Landsgrenzen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik.

Nebenbeschäftigung und Umsatzsteuer. Bekanntlich wird in zahlreichen Betrieben durch Angestellte oder Arbeiter ein schwunghafter Handel mit Lebensmitteln, Schokolade, Zigaretten, Zigarren, Tabak, Getränken und anderen Genußmitteln betrieben, auch Gewerbegehilfen (wie Tischgehilfen, Schneidegehilfen, Tapetiergehilfen usw.) arbeiten vielfach in ihrer freien Zeit noch selbstständig. Die Einnahmen aus dieser, wie überhaupt aus jeder selbstständigen Nebenbeschäftigung unterliegen der Umsatzsteuer. Die Steuerpflichtigen müssen sich beim Umsatzsteueramt anmelden und ihre umsatzsteuerpflichtigen Einnahmen auch ohne besondere

meinen Mund aus, punkte fanatisch meine Zähne. Nicht nur in eine reine Seele sollte Gott Eingang halten, sondern auch in einen reinen Magen.

Ich vergaß oft alles, bekam Prügel vom Lehrer und zu Hause.

Ich hatte Angst, Angst, Angst! — Wenn ich allein war, überfiel mich eine irre Verzückung, eine bestinnungslose Freude, wenn ich mit ausmalte, wie ich sei, wenn der Herr in mich gelommen wäre.

Ich spürte kein Prügel, alles Ummich war verloren. Ich hatte ein Gefühl, als sei alles schwedende Unwirklichkeit um mich.

Doch dann kam wieder die Angst, die furchtbare Angst vor der tödlichen Verbindung und auf einmal — ein bohrendes Misstrauen, ein Grauen vor allen Menschen. —

Meine Mutter war sehr streng. Sie hatte oft und oft Gott empfangen und war unverdutzt geblieben. Meine Geschwister waren leichtsinnig, hatten viele Male Gott empfangen — aber man sah ihnen nichts an. Alle Dorfleute waren streng oder ländlich, aber alle, alle hatten Gott gehabt, oft und oft, und nichts an ihnen zeigte von einer Wandlung.

Mein Vater fluchte, doch oft das ganze Haus beblieb, trank, fuhr jedes Jahr in einen berühmten, weit entfernten Wallfahrtsort und empfing nach der Beichte den Leib des Herrn — betrank sich hernach in irgendeinem Bräu und flüchtete am andern Tag genau so wie vorher, lästerle Gott. Nichts hatte ihn geändert. Alle Menschen nahmen Gott und wieder Gott in sich auf was keinen Erfolg die Verklärung, keiner hatte sich verändert. Alle blieben gleich! —

Ich wurde irr.

Was war das?

Das! Das, daß alle gleich blieben nach dem Empfang der Hostie, daß man keinen etwas ansah?

Das, daß Gott keine Spuren an den Empfängern zeigte?

Ich sah meinen Vater an, meine Mutter, meine Geschwister, die Dorfleute, alle, alle.

Und auf einmal packte mich das Entsetzen.

(Schluß folgt)

Aufforderung zur Versteinerung anzulgen, wenn sie sich nicht der Bestrafung ausgesetzt wollen.

Verloren gegangen ist am Sonnabend, dem 10. Dezember, in der Volkshaus-Garderobe eine Brieftasche mit Geld, Funktionärskarte der Partei und sonstige Ausweispapiere. Es wird gebeten, die Sachen bei dem Genossen Rudolf Veer, L-Connewitz, Biedermannstraße 25, 111, abzugeben.

Im Bund Deutscher Bodenreformer, Ortsgruppe Leipzig, spricht am Freitag, dem 16. Dezember, abends 18 Uhr, im Thüringer Hof, Burgstraße, Dr. Preuß über "Die wirtschaftlichen Grundlagen für einen Wiederaufbau" (Kapitalismus, Sozialismus oder Bodenreform?). Gäste willkommen.

#### Lebensmittelskalender für Dienstag, den 18. Dezember.

Für Haushaltungen.

Ausgabe. Büchsenleisch für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf sämtliche vom Ortsamt für Kriegsfürsorge ausgestellte Bezugsscheine Buchstaben L—M in der Markthalle, Galerie, Stand 150. Jede Kriegsbeschädigten- und jede Kriegshinterbliebenenfamilie erhält eine halbe Büchse (inkl. Büchse 2 Pf.) zum Gesamtpreis von 15 M.

#### Bolizeinachrichten.

Wer kann über nachstehenden Unfall Angaben machen? Am 8. Dezember (Donnerstag), nachmittags gegen 2 Uhr, ist in der Blaumühler Straße ein Gefahr beim Überholen an einem vor dem Grundstück Nr. 30 haltenden, beladenen zweitürigen Handwagen entstanden, wodurch der Führer dieses, ein 38jähriger Arbeiterbursche, auf Seite an eine Straßenlaterne geschieleutet und verletzt wurde. Der Verletzte war auf dem Wege nach Blaumühle und hatte an der Unfallstelle kurze Zeit halt gemacht, um sich ein wenig auszuruhen. Wer über den Unfall Angaben zu machen vermaßt, wird gebeten, sich möglichst umgehend bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache zu melden.

Ein Bierglas als Wurfschot! In einer Schankwirtschaft am Gerichtswege hat am 9. ds. Mts. nach vorausgegangenen Diskussionen ein Maler einer 27jährigen Arbeitnehmer ein Bierglas an den Kopf geworfen, wodurch dieser schwer verletzt wurde, daß sie durch einen Sanitätsdienst von der nahen Sanitätswache nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht werden mußte.

#### Aus der Umgebung.

Der Eingemeindung zugestimmt.

Die Besitzversammlung der Amtshauptmannschaft Leipzig tagte am Sonnabend. Als hauptsächlichster Punkt stand die Ausbevölkerung der Gemeinden Leutzsch, Großzschocher, Windorf, Paunsdorf und Wahnsdorf auf der Tagesordnung. Amtshauptmann Nossel schiederte den Gang der bisher mit dem Rat der Stadt Leipzig geabschlossenen Verhandlungen. Er bezeichnete das Entschädigungsangebot der Stadt Leipzig in Höhe von sechs Millionen Mark als durchaus unbefriedigend, empfahl aber dem Einführungsvorschlag zu stimmen, da die Einverleibung der vier Gemeinden nach Leipzig eine historische Notwendigkeit geworden sei. Nach lebhafte Debatten, bei der von allen Seiten die ungenügende Entschädigung betont wurde, wurde der Einführungsvorschlag mit 21 gegen 14 Stimmen angenommen. Die Bürgerlichen und Kommunisten stimmten mit 11 gegen 14 ab. Außerdem betont wurde noch, daß nunmehr die Ausbevölkerung endgültig am 1. Januar erfolgen werde. — Als Mitglieder für den Fürsorgeverband wurden die Genossen Amborn und Börner, für den Fliegengesellschaft Mardon (Kommunist) und Genosse Ludwig gewählt. Für das Wasseramt wurden Genosse Börner und Mühlensießer Pauli gewählt. — Der nächste Punkt betraf die Errichtung einer Abteilung des Landes-Siedlungsamtes im Bezirksverband. Oberregierungsrat Dr. Rulz machte einige erläuternde Ausführungen. Er betonte besonders, daß das Siedlungamt das Bestreben habe, mit den Gemeinden, Baugenossenschaften und den sozialen Bauhütten Hand in Hand zu arbeiten. Nach langerer Debatte wurde der Errichtung des Siedlungsamtes gegen 4 Stimmen zugestimmt und hierfür auf 3 Jahre je 30000 Mark bewilligt. — Der Schaffung eines Zweckverbandes mit der Stadt Leipzig bezüglich des Kohlenabbau wird zugestimmt, nachdem dafür gerichtet worden war, daß die Stadt ebenfalls 5 Vertreter wie der Bezirk haben will. Außerdem wurde vom Genossen Amborn kritisiert, daß der Arbeitsausschuß bei der Aufstellung der Statuten nicht hinzugesogen worden ist. — Die Entschädigungsforderung der Gemeinden, Händler und Konsumvereine für Verlust beim Verkauf von Hülfensfrüchten wurde gegen fünf Stimmen abgelehnt, da die aufzubringende Summe von 404000 Mark auch von den Gemeinden nicht ausgebracht werden müsse. — Ein Antrag auf Entschädigung für Lohn- und Gehaltsausfall der Bevölkerungsmitglieder wurde angenommen.

Engelsdorf. Von Engelsdorfer Genossen wird uns bestätigt, daß der Artikelsschreiber der Arbeiterzeitung, mit dem wir uns am Sonnabend, 10. Dezember, an dieser Stelle beschäftigten, der Spitzenkandidat der Kommunisten bei der letzten Gemeinderatswahl, der "Kommunist" Grobowsky ist. Er ist einer von den vielen in der Kommunistischen Partei, von deren Tätigkeit in der politischen Arbeiterbewegung vor dem Kriege nichts bekannt ist und für den wahrscheinlich erst die Revolution notwendig war, um den Weg in die sozialistische Bewegung zu finden. Vor dem Kapp-Putsch war Gr. Strasser Rechtssozialist, danach schloß er sich der USPD an und nach der Parteiposition wurde er Kommunist. Gr. ist also ein leichtfertiger politischer Verwandlungskünstler. Und eine solche politische Wetterfahne will der organisierten und sozialistisch geschulten Arbeiterschaft rückungswise sein. Die Engelsdorfer Arbeiterschaft bedankt sich bestens dafür. Weiß Gott sind Gr. ist, beweist, daß die Engelsdorfer KPD ihn von seinem Posten als Vorsitzender entthoben hat, trotzdem befähigt er nach Urteil seiner kommunistischen Freunde die geistigen und moralischen Qualitäten, als kommunistischer Listenführer für die Gemeinderatswahl Verwendung zu finden.

#### Kleine Chronik.

Konzerte. Lotti und Leonard von Herget gaben einen Arien-Lieder- und Duett-Avend für das Publikum, das ihnen nahestehet (Ulter Adel und Offizierskreis), und das man auch meisteitens nur dann im Konzertsaal trifft, wenn einer aus ihren Kreisen beteiligt ist. Herr Leonard von Herget gab mit seinem kleinen Tenor einige alklastische Arien mit Intelligenz zum Besten, aber für die Lieder Schuberts (Widerschein, Blumenfeind, Sei mir gegrüßt) hatte er wenig Verständnis. Lotti von Herget besitzt nur ein Koloraturstimmen und bringt meistens unklare Passagen heraus. Daher war die Cavatine der "Semiramide" bei ihr nicht gut aufgehoben. Herr Kapellmeister Weigert gehört nicht zu den jüngsten Klavierbegleitern. — Die junge Geigelin Janina Rödlich besitzt von Natur aus einen hübschen Ton und gute technische Anlagen, doch verleiht sie nichts damit anzufangen. Sie spielt eben, weil spielen ihre zweite Natur ist; von Stil oder Verfehlung keine Spur. So ließ uns ihre Wiedergabe des Konzerts E-Dur von Bieutemps kalt, au hin Schuberts "Rondeau" fühlte sie nicht erwärmen. Von ihrer Partnerin, Gabriele Waentig (Klavier) kann man noch weniger Gutes sagen. Aus der zweiten Hälfte von Schumanns "Capitols Opus 2", die ich anhörte, konnte ich den armen Schumann nicht erkennen, es war absolut keine Poese herauszuführen. — Welt erfreulicher waren die Konzertgeber Alfred Lichtenstein (Flöte) und Anna von Stockhausen (Sopran). Die nicht schlechte Sonate E-Moll für Flöte von Joh. Seb. Bach blies Herr Lichtenstein mit klassischer Ruhe, sein Anfang und seine Tonotechnik dagegen können noch mehr Staubkum vertragen; alles in allem ist er doch ein begabter, feinfühliger Musiker. Anna von Stockhausen Stimme reicht nicht mal in dem kleinen Heim-Saal aus und leidet außerdem an übertriebenem Brüder Mozart und Der Zauberer sind doch keine Balladen. In Fräulein Lili Fischer fanden die Künstler eine Begleiterin von ausgeprägter, musikalischer Art. — Das vierte Sonntagskonzert des Philharmonischen Orchesters war in der Zusammenstellung diesmal besser. Man hörte nur alte Klassiker: Geminiani (Italiener), Händel, Mozart, Dittersdorf (ein Zeitgenosse von Haydn). Sehr interessant war das F-Dur-Konzert in zwei Sätzen mit zwei Hörern obligato von

## Sächsische Angelegenheiten.

Weitere Wahlergebnisse.

Taucha. Bei der gestern stattgefundenen Gemeinderatswahl wurden von 300 Wahlberechtigten 3301 gültige Stimmen abgegeben. Die Stimmen verteilten sich auf die Parteien wie folgt: USP. 1930 (6 Sitze), KPD. 419 (2 Sitze), SPD. 280 (1 Sitze), vaterlose Liste Kleiner 141 (keinen Sitze), bürgerliche Gemeinwahlliste 1451 (9 Sitze). Durch die Zerplattung der sozialistischen Parteien gehen der Arbeiterschaft mindestens 2 Sitze verloren. An der Zusammensetzung des Gemeinderats hat sich also nichts geändert, es stehen wieder 9 Sozialisten 9 Bürgerlichen gegenüber. Gegenüber der letzten Landtagswahl hat die USP 281 Stimmen gewonnen, während die Kommunisten 224 Stimmen verloren haben.

Merkwitz. Wahlberechtigt 132, gewählt haben 125. Deutschnationale Liste 76 Stimmen (3 Sitze), USP. 49 Stimmen (2 Sitze).

Dewitz. USP. 98 Stimmen (5 Sitze), KPD. 51 Stimmen (2 Sitze).

Bürgerlich 77 Stimmen (3 Sitze).

Sommerfeld. Bei der am 11. Dezember stattgefundenen Gemeinderatswahl erhielten KPD. 115 Stimmen (2 Mandate), USP. 227 Stimmen (3 Mandate), Bürgerlicher Mittschiff 285 Stimmen (4 Mandate), SPD. 108 Stimmen (1 Mandat) und die in letzter Minute noch zusammengestellte Liste der Handels- und Gewerbetreibenden 120 Stimmen (2 Mandate). Von 1044 Wahlberechtigten wählten 881 oder 82 Prozent. Von höheren hatten die Bürgerlichen 8 und die USP. 4 Vertreter.

Rötha. Bei der Stadtverordnetenwahl wurden abgegeben: Liste der USP. 965 Stimmen, Bürgerlicher Block 835 Stimmen, Wahlbeteiligung circa 94%.

Störmthal b. Pegau. Liste USP. 88 (3 Vertreter), Liste Renker bürgerlich, 68 Stimmen (2 Vertreter), Liste Pfauter, Bürgerlich, 108 Stimmen (4 Vertreter). Die Listen Renker und Pfauter waren verbündet. Wahlberechtigt waren 820 Personen, 261 oder 82 Prozent übten ihr Wahlrecht aus. Die USP. beteiligte sich zum erstenmal mit eigener Liste.

Werdau, 12. Dezember. Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen erhielten die bürgerlichen Parteien 10, die Mehrheits-Sozialisten 8, die Unabhängigen 2 und die Kommunisten 4 Sitze. Die bisherige Stadtverordnetenversammlung bestand aus 10 Bürgerlichen und 14 Mehrheits-Sozialdemokraten.

#### Zugangsbeschränkungen auch in Sachsen?

Wie die Sächsisch-Böhmisches Korrespondenz von zuständiger Stelle erfährt, wird auf Anordnung des Reichsverkehrsministeriums auch im Bezirk der Eisenbahngeneraldirektion Dresden geprüft, ob in Abetracht der Kohlennot eine Einschränkung des Personenverkehrs wünschenswert oder notwendig ist. Der Kohlenmangel ist gerade in Sachsen ganz besonders arg. Wie wir erfahren, sind die Erwägungen in Dresden noch nicht abgeschlossen.

Glauchau. Der Rat hat beschlossen, den Wasserrations ab 1. Januar 1922 von 1.35 Ml. auf 2.25 Ml. zu erhöhen. Den Bezug der städtischen Stillprämien hat er von 10 auf 30 Ml. im Monat herausgehebt.

Mittelbach. Auf noch unerklärliche Weise war in den Osten des Getreidehändlers Scheller hier unter den Kohlen eine Handgranate geraten, die während der Verkaufszeit zur Explosion kam. Der Osten wurde zerstört, auch im Laden und Geschäfte selbst entstand erheblicher Schaden. Verletzt wurde zum Glück niemand. Man vermutet, daß ein Raubact vorliegt.

#### Internationale Probleme der Arbeiterklasse.

Im folgenden geben wir einen Auszug aus dem Referat, das der Genossen Rudolf Hilferding am 9. Dezember in einer öffentlichen, stark besuchten Volksversammlung im Saale des Zoologischen Gartens in Leipzig hielt. Genosse Hilferding schreibt etwa aus:

Das Thema umfaßt ein außerordentlich weites Gebiet; man muß sich daher bei einem Vortrag sehr beschränken.

Der Bolschewismus hat in Russland zunächst die ihm durch die sozialistischen Verhältnisse Russlands vorgeschriebene Aufgabe erfüllt. Er hat erstmals den Frieden hergestellt, wenn auch einen Frieden um jeden Preis, und er hat weiters die Bauernschaft bestrebt. Die Bolschewiki-Regierung ließ der Bauernschaft freie Hand, die dies benötigte, um in kurzer Zeit das Land auf ihre Weise zu verarbeiten und als Privateigentum in ihren Besitz zu nehmen. Die russische Bauernschaft erschließt damit die sozialistische Mission wie die Bauernschaft in der großen französischen Revolution 1789. Sie macht radikal Schluss mit den alten Überbleibseln des bäuerlichen Gemeineigentums und stellt das moderne bäuerliche Privateigentum her. Diese Entwicklung vollzog sich ohne die Führung der Bolschewiki, sie mußte sich zwangsläufig vollziehen, weil gegen die 95 Prozent bäuerliche Bevölkerung nichts zu machen war. Der Bolschewismus war nun bemüht, wenigstens in der Industrie einen sozialistischen Überbau zu bewirken; aber auch diese Bewegung war nicht planmäßig gewollt. Sie vollzog sich weniger bewußt, als dies in den Berichten nach Westeuropa dargestellt wird. Es war ein elementarer Prozeß, der sich zunächst durch die Besiegereignung der einzelnen Fabriken durch die Arbeiter dieser Fabriken vollzogen. Dieser Prozeß wurde vollzogen von einer Arbeiterschaft ohne sozialistische und sozialistische Schulung, denn die Massen waren von den schwachen Arbeiterschaften, die in Russland bestanden, nicht ergriffen. Diese spontane Bewegung trug sozialistischen Charakter. Ihr Erfolg hing ab von dem Zufall; ob diejenigen, die an die Stelle der bisherigen Leiter der Produktion traten, fähig waren, die Produktion zu leiten. Dabei wurde die russische Wirtschaft tief verwundet. Die Bolschewisten versuchten im zweiten Stadium der Revolution, die Arbeiterschaft nun alles darauf an, daß der Übergang, der sich jetzt in der Ökonomie vollzieht, in einer Weise erfolgt, daß nicht ein politisches Chaos eintritt, daß nicht gegenrevolutionäre Strömungen das Übergewicht gewinnen. Eine derartige Entwicklung würde rückwirken auf das ganze übrige Europa und überall die Konterrevolution start machen. Die russische Revolution hat eine große historische Aufgabe erfüllt. Sie bedeutet einen ungeheuren Wechsel an die unterdrückten Völker des Ostens. Überall hat sie neues politisches Leben erweckt, und wir erleben den Anfang einer Entwicklung, die nicht von geringerer Bedeutung ist, als die Errichtung der italienischen und deutschen Einheit in den Neunziger Jahren gewesen ist. Eine Niederlage hat die russische Revolution erlitten, sie gemeint hat, über ihren sozialen Inhalt weit hinauszugehen.

Der Bolschewismus hat ökonomisch berücksichtigt eine vollständige Umkehr vollzogen. Es ist dies ein Zusammenbruch, der uns nicht unerwartet kommt und auch nicht entwöhnen darf. Es ist nach unserer materialistischen Geschichtsauffassung nun ein eheres Zeichen der gesellschaftlichen Entwicklung, daß alle Gesetze des Staates, und werden sie noch so gewaltsam und hemmungslos angewandt, sich nur behaupten können, wenn sie den Anforderungen, die die Wirtschaft stellt, entsprechen. Der Inhalt der russischen Revolution kann kein ander sein, als es der Inhalt der französischen Revolution war. Das ist die Herstellung des bäuerlichen Privatentgelts, das ist die Befreiung des Kapitalismus von allen Fesseln, die ihm auferlegt waren, die Befreiung des Feudalismus und Absolutismus. Die Form der russischen Revolution ist allerdings eine andre als die der französischen. In Russland wurde sie vollzogen vom Industrieproletariat, das es auf sozialistischen Geist war, es ist der russischen Regierung bis her gelungen, sich gegen alle Widerstände zu behaupten. Sie steht nun alles darauf an, daß der Übergang, der sich jetzt in der Ökonomie vollzieht, in einer Weise erfolgt, daß nicht ein politisches Chaos eintritt, daß nicht gegenrevolutionäre Strömungen das Übergewicht gewinnen. Eine derartige Entwicklung würde rückwirken auf das ganze übrige Europa und überall die Konterrevolution start machen. Die russische Revolution hat eine große historische Aufgabe erfüllt. Sie bedeutet einen ungeheuren Wechsel an die unterdrückten Völker des Ostens. Überall hat sie neues politisches Leben erweckt, und wir erleben den Anfang einer Entwicklung, die nicht von geringerer Bedeutung ist, als die Errichtung der italienischen und deutschen Einheit in den Neunziger Jahren gewesen ist. Eine Niederlage hat die russische Revolution erlitten, sie gemeint hat, über ihren sozialen Inhalt weit hinauszugehen.

In Deutschland lagen die Verhältnisse bei Ausbruch des Krieges genau umgedreht. Hier kam der Zusammenbruch zu einer Zeit, wo die geistige Vorbereitung auf die Revolution in der Klasse, die Trägerin der Revolution sein mußte, durchaus nicht vorhanden war.

Wir haben in Deutschland die marxistische Lehre auf die politischen Aufgaben anzuwenden versucht. Wir haben zur Verteilung und Erweiterung der Lehre viel beigetragen. Wir dürfen uns aber nicht verschließen, daß Lehre und Handeln nicht immer unmittelbar verbunden waren. Die Zeit von 1895 bis 1914 war eine Periode der Prosperität mit nur schwachen Krisen. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft hatte sich gehoben und die Massenbewegung in Deutschland trug immer mehr praktisch reformistischen Charakter. Die Gewerkschaften wurden immer mehr zur Heimat der Massen. Bei Ausbruch des Krieges, jener großen Krise, war die Haltung der Massen durchaus reformistisch. Die Massen haben zum großen Teil den Bürgfrieden gehalten, das Reale war bestimmend, die sozialistischen Grundätze wurden zu reinen Idealen. Während die Beendigung des Krieges uns vor die schwersten revolutionären Aufgaben stellte, war die geistige Bewegung in der Arbeiterschaft in entgegengesetzter Richtung gegangen. Die deutsche Revolution war eher ein Zusammenbruch. Als niemand mehr da war, die Staatsgeschäfte zu führen, haben die Arbeiter die Macht an sich gerissen. Man übernahm dabei die Formen, die die Kaiser entwickelt hatten, Vollzugsrat, Arbeiter- und Soldatenrat. Dick

Arbeitern wieder zu nehmen, sie aus der Kontrolle der einzelnen Arbeitern in die Kontrolle der Gesamtheit zu überführen. Der Kampf wurde durchgeführt zwischen der den Staat beherrschenden Kommunistischen Partei und den Arbeitern in den Betrieben. Es endete mit der Beseitigung der Betriebsräte. An Stelle der sozialistischen Form der Wirtschaft trat die Staatswirtschaft. Man mußte dieser Entwicklung bei den eigenartig gelagerten russischen Verhältnissen von vornherein mit der größten Vorsicht gegenüberstehen.

In Russland ist der Kapitalismus in seiner höchsten Form gleichsam von außen her eingeführt worden. Es schafften demzufolge die zahlreichen Mittelschichten und vor allen Dingen die Techniker und Vorarbeiter. Die Direktoren und Techniker waren meistens aus dem Ausland gekommen und standen der revolutionären Bewegung in Russland fremd gegenüber. Sie verwelkten die Fortführung der Betriebe, als sie der Arbeiterschaft, die sie bisher beherrschten, unterstellt werden sollten. Die russische Wirtschaft war vor allen Dingen Agrarwirtschaft, die Industrie war in allen Teilen vom Ausland abhängig. Die industriellen Mittel konnten aber nicht mehr vom Ausland bezogen werden, weil der Krieg fortduerte und weil die Auslandsmitte fehlten. Der russische Betriebsdezernat hatte sich in der Vorstageszeit auf dem Hunger der Bauern aufgebaut. Die bestellte Bauernschaft stellte keine Güter für den Export mehr bereit. Sie hörte auf, mehr zu produzieren, als sie brauchte, namentlich nachdem auch die Industrie desorganisiert war. Die Ablaufsäcke für Getreide gingen in den Jahren von 1913 bis 1920 um 18 Prozent zurück. Die Ablaufsäcke für Kartoffeln um 27 Prozent. Noch schlimmer stand es in der Industrie. Die Kohlen- und Erzeugerförderung betrug Anfang 1921 2% Prozent der Friedensförderung. Die Ausfuhrproduktion sank auf 6 Prozent, die Kohlenförderung auf 20 Prozent, die Maschinenproduktion auf 27 Prozent. Das führte zur heftigen Ernährungs- und Holzungsnot im Frühjahr 1921. Wie die Krise loswerden?

Trotzdem schlug vor, auf dem begangenen Wege zu beharren und gleichzeitig die ganze Industrie zu militarisieren, um so die Industrie wieder aufzubauen. Ebenso sollte die Landbevölkerung gezwungen werden, nicht nur die Ablieferung zu leisten, sondern auch anzubauen. Es war nicht möglich, auf die Dauer gegen die ungute Macht der Bauern mit Zwang anzutreten. Die Krise verschärfte sich. Die Arbeiter verlangten die Herstellung von eigenen Produkten zum Naturaltausch mit der Bauernschaft. Vor dieser Bewegung mußte die Sowjetmacht kapitulieren. Mit Dekret vom 21. 3. 21 wurde der freie Handel mit landwirtschaftlichen Produkten von der Sowjetregierung offiziell anerkannt. Die sozialistische Privatentgelts siegte über die militärische Staatsauffassung. Mit der Freigabe der Lebensmittel, des wichtigsten Teils des gesamten Handels, wurde der Handel überhaupt frei und mit ihm die Industrie. Dem Sieg des Handelskapitals folgte auf dem Fuße das Industriekapital. Lenin lobt hat in seiner Rede vom 17. Oktober logistiert und ausgeführt, daß eine längere Übergangszeit zwischen Kapitalismus und Sozialismus notwendig ist. Es sei nicht genügend beachtet worden, daß es sich nicht nur um einen politischen Umsturz handelt, sondern um eine Neuorganisation der gesamten Wirtschaft und um aufbauende Arbeit. Das ist richtig. Nur schade, daß Lenin vorher diejenigen, die dies richtig beachten haben und von Anfang an darauf hinwiesen, daß diese Arbeit geleistet werden muss, in der hostilsten Weise als Sozialräuber angegriffen hat. Lenin hat dann in seiner Rede ausführlich begründet, warum die Regierung jetzt diese scharfe Wendung vornehmen muss.

Worin besteht nun diese neue Wirtschaftspolitik? Mit zwei Worten: Sie besteht in der Wiederherstellung des Kapitalismus. Die russische Regierung hat in grohem Maßstab auswärtiges Kapital vom Wiederaufbau herangezogen durch die Veräußerung von Rohstoffquellen, von Eisen- und Platinlager u. a. an das Ausland. Weiter macht der Bolschewismus eine Wendung, indem er die Illusion von der Ablösung des Geldes preisgibt. Wenn der Handel wiederhergestellt ist, ist es nicht möglich, das Geld zu beobachten. Man hatte die Ablösung, durch immer weitere Ausdehnung des Notenumlaufs das Geld abzuschaffen und an seine Stelle den Naturaltausch zwischen Industrie und Landwirtschaft zu setzen. Der Notenumlauf stieg von 30 Milliarden auf 950 000 Milliarden Ansatz 1921, und jetzt hat er eine Billion erreicht. Der russische Adel hat die Kaufkraft verloren, jetzt noch, denn der Handel wieder zugelassen ist, muß die russische Regierung eine neue Geldform finden. Die russische Staatsbank ist wiederhergestellt worden, sie soll nach streng kapitalistischen Grundsätzen vorwaltet werden und davon be



